

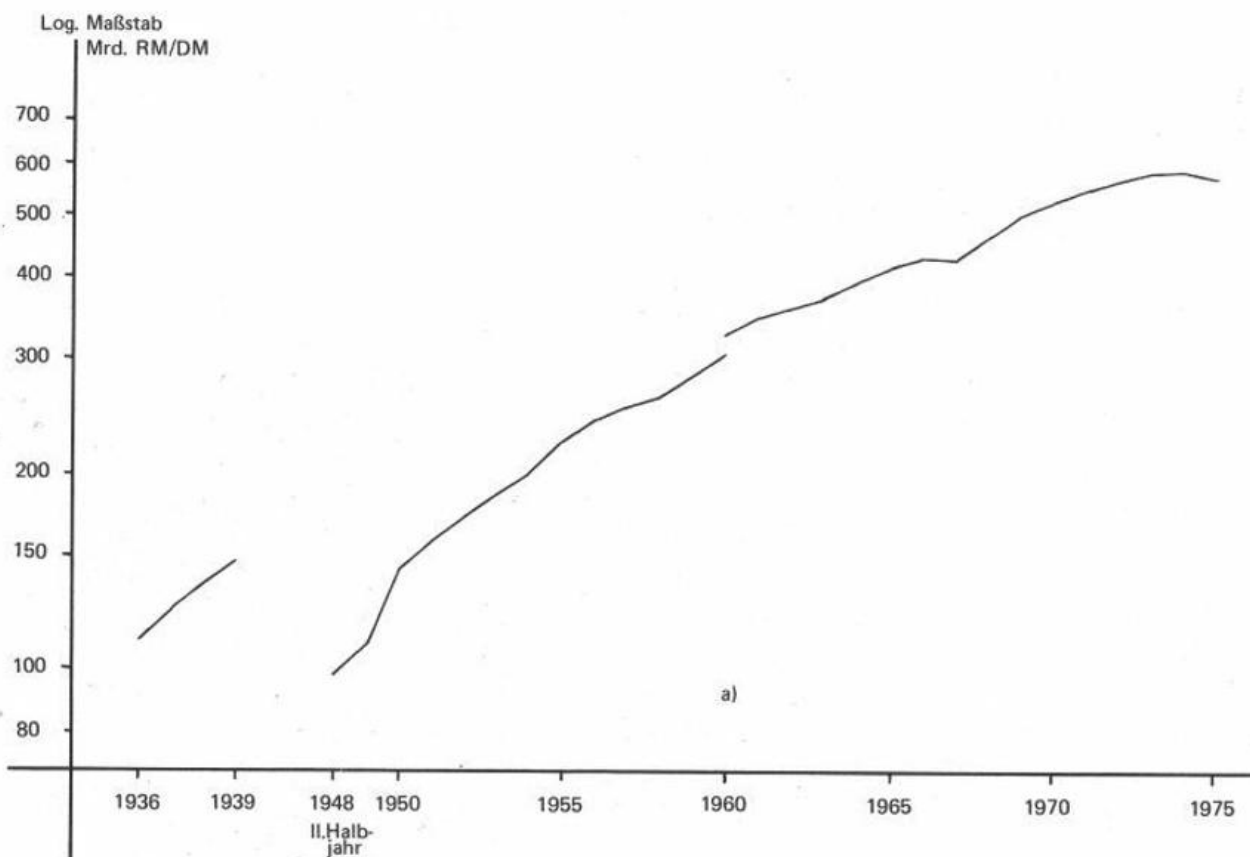
## Faktoren und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland 1948-1954

### I. ZUR BEDEUTUNG DER NACHKRIEGSPROSPERITÄT

Die westdeutsche Nachkriegsgeschichte zu betrachten, heißt gleichzeitig, sich mit dem Mythos der Sozialen Marktwirtschaft und dem »Wirtschaftswunder«<sup>1</sup> auseinanderzusetzen.

*Abb. 1: Reales Bruttosozialprodukt Westdeutschlands bzw. der Bundesrepublik Deutschland seit 1936*

*Preise von 1962*



a) Bis 1960 ohne, ab 1960 einschließlich Saarland und West-Berlin.

*Quellen: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1972, S. 260; Wirtschaft und Statistik N. F., 2/1950, S. 110; Statistisches Jahrbuch 1953, S. 544; Jahresgutachten (JG) 1976/77 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucks. VII/5902, S. 239.*

<sup>1</sup> Dieser allgemein beliebte Ausdruck für überraschende, kaum erklärbar scheinende wirtschaftliche Expansion wird in der Literatur u. a. auch verwandt für das Überholen der europäischen Wirt-

Diese, ob aus immanenten wirtschaftlichen Kräften erwachsene oder durch kluge Wirtschaftspolitik »gemachte«, in der deutschen Wirtschaftsgeschichte beispiellos explosive ökonomische Expansion (siehe Abb. 1 und Tab. 1) bildet zugleich stabile politische Basis wie Erfolgsausweis der zweiten deutschen Republik. Sie ist das wichtigste Ereignis westdeutscher Sozialentwicklung in der Nachkriegszeit<sup>2</sup>. Im Gegensatz zur – vergleichsweise kurzen – Geschichte der Weimarer Republik blickt man von der Mitte der 70er Jahre auf die Nachkriegsgeschichte und die Entwicklung der Bundesrepublik unter dem Eindruck des Erfolges<sup>3</sup>.

Tab. 1: Wirtschaftswachstum westlicher Industrieländer 1870–1976  
Reales Sozialprodukt je Einwohner – Durchschnittliche jährliche Veränderung in v. H.

Länder	1870 –1913	1913 –1950	1950 –1960	1960 –1976	1950 –1976	1913 –1976	1870 –1976	1973 –1976
Deutschland a)	1,8	0,4	6,0	3,5	4,5	2,1	2,0	2,0
Belgien	1,7	0,7	2,5	3,9	3,4	1,8	1,8	2,9
Dänemark	2,1	1,1	2,9	3,6	3,3	2,0	2,0	2,5
Frankreich	1,4	0,7	3,9	4,3	4,1	2,1	1,8	3,6
Italien	0,7	0,6	4,1	4,0	4,0	2,0	1,5	2,6
Niederlande	0,8	0,7	3,7	3,3	3,5	1,9	1,5	2,4
Schweden	2,3	1,6	3,5	3,2	3,3	2,3	2,3	2,3
Schweiz	1,3	1,5	4,2	2,1	2,9	2,1	1,8	– 1,4
Großbritannien	1,3	1,3	2,0	2,2	2,1	1,6	1,5	1,1
USA	2,2	1,7	2,4	2,5	2,5	2,0	2,1	2,1

a) Vor 1950 Reichsgebiet in jeweiligen Grenzen, nach 1950 Bundesgebiet.

Quellen: Angus Maddison, *Economic Growth in the West*, New York/London 1964, S. 30; JG 1976/77, S. 20; OECD: *General Statistics Dec. 1967*; OECD: *Main Economic Indicators*, April 1977, S. 157.

Dieser Erfolgseindruck wird getragen durch die Vielfalt der Konsummöglichkeiten, durch stabile soziale und politische Verhältnisse, außenpolitische Souveränität und internationales, weltwirtschaftliches Gewicht. Der ökonomische Erfolg erscheint dabei gleichrangig neben dem Erreichten in der Innen- und Außenpolitik. Wer sich näher mit zeitgenössischen Quellen der Nachkriegszeit beschäftigt, wird feststellen, wie wenig man damals an einen solch schnellen ökonomischen und politischen Wiederaufstieg glaubte. Und durch die rasche Konsolidierung aus einer mehr als desolaten Ausgangssituation wurde der Glaube an das Wunderbare bzw. an die deutsche Tüchtigkeit genährt: Waren die explosive Expansion und die lange Prosperität von nahezu 25 Jahren<sup>4</sup> schon unerwartet gekommen, so war es

schaften durch die USA 1900–1925 (*Julius Hirsch*, *Das amerikanische Wirtschaftswunder*, Berlin 1925) und die rasche Überwindung der Weltwirtschaftskrise im NS-Deutschland (*Hans E. Priester*, *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936).

2 Vgl. *Ralf Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 451.

3 Analog zu *Wolfram Fischer*, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, Opladen 1968, S. 9, der den Eindruck des Scheiterns für die Einschätzung der Weimarer Republik betont.

4 Erstmals 1967, nach nahezu 20 Jahren, Stagnation und erst 1975 Schrumpfung des Gesamtprodukts.

eben deswegen so erstaunlich, weil Westdeutschland als besiegt, zerstörtes Land ohne jegliche Souveränität der Strafe der Sieger ausgeliefert schien. Die ökonomische Erholung nach dem Krieg war nicht beispiellos, wie man auch heute noch immer gerne anzunehmen geneigt ist, sondern nur wesentlich ausgeprägter als in den anderen europäischen Ländern, vor allem in den 50er Jahren (siehe Tab. 1), und für die Zeitgenossen überraschender.

Die wirtschaftshistorischen Schlüsselerlebnisse: die Kriegszerstörungen der Städte und des Verkehrsnetzes, die als Zeichen der gesamten Zerstörungen verallgemeinert wurden, und das »Wunder der vollen Schaufenster« nach der Währungsreform, trübten den Blick auf den realen Zustand und die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft.

Tab. 2: Reale jährliche Nettolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer<sup>a)</sup> in der Bundesrepublik Deutschland. Deflationiert auf Preisbasis 1950<sup>b)</sup>

Jahr	absolut	Index 1950 = 100	Jahr	absolut	Index 1950 = 100
1949 <sup>c)</sup>	2 444	96	1963	4 963	194
1950	2 554	100	1964	5 257	206
1951	2 708	106	1965	5 597	219
1952	2 842	111	1966	5 722	224
1953	3 076	120	1967	5 803	227
1954	3 240	127	1968	6 002	235
1955	3 435	134	1969	6 324	248
1956	3 602	141			
1957	3 731	146	1970	6 877	269
1958	3 855	151	1971	7 181	281
1959	4 037	158	1972	7 430	291
			1973	7 531	295
1960	4 294	168	1974	7 742	303
1961	4 590	180	1975	7 822	306
1962	4 843	190			

a) 1950 bis 1959 ohne, ab 1960 einschließlich Saarland und Berlin.

b) Zugrunde gelegt wurde der Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt, der von 1970 = 100 auf 1950 umbasiert wurde.

c) Mit den Zahlen ab 1950 nicht voll vergleichbar.

Quellen: *WiSta*, N. F., 6/1954, S. 514; *Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1973*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1973, S. 166; *Stat. Jb.* 1975, S. 515; *Stat. Jb.* 1976, S. 522; *JG* 1976/77, S. 296.

Das individuelle Anspruchsniveau an das Sozialprodukt war im Verlauf der Kriegs- und Nachkriegszeit stark gesunken. Der Fortfall der Kriegsproduktion und das Verbot jeglicher Bewaffnung erhöhten die konsumtiven Spielräume, die dann nach der Währungsreform im Rahmen marktwirtschaftlicher Elemente realisiert wurden. Die rasche Expansion überdeckte auch die bestehenden Wachstumslasten, welche von den Konsumenten zu tragen waren. Finanzierungshilfen, Subventionen und Abschreibungsvergünstigungen sowie die Realisierung von Hortungsgewinnen und im Nachfragesog zu hohe Preise führten zu-

sammen mit der lohnpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften zu einer »ungleicheren« Vermögensverteilung und damit zu einer potentiellen Minderung zukünftiger Einkommenschancen. Die Verdreifachung der realen Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten<sup>5</sup> im Zeitraum 1950–1975 (Tab. 2) überdeckte allerdings diesen Tatbestand. Die konsumtiven und Wohlstandssteigerungen verbanden den einzelnen stärker mit dem neuentstandenen Staat. Ludwig Erhard, der langjährige Wirtschaftsminister, bezeichnete voller Stolz selbst die Wohlstandssteigerung als wertvollen Beitrag zur Demokratisierung Westdeutschlands<sup>6</sup>. Dabei erscheint die Symbiose von ökonomischem und politischem Erfolg im Rückblick untrennbar. Demokratiegründung und Wachstumsstartpunkt bedingten sich gegenseitig, auch wenn die erste Bundestagswahl und die daraus hervorgegangene erste Regierung Adenauer schon im Zeichen des Wachstums und des Erfolges der »Sozialen Marktwirtschaft« standen.

Der Übergang zu Formen des wirtschaftlichen Liberalismus und einer Marktwirtschaft in einer Zeit großer Wachstumsreserven versöhnte die mehr egoistische Verfolgung des Einzelinteresses (»Kampf ums Überleben«) mit dem gesamtwirtschaftlichen Interesse (Wiederaufbau), so daß in dieser »besonderen« Nachkriegszeit das Harmoniepostulat des klassischen Liberalismus in fruchtbarer Weise erfüllt wurde und den einzelnen mit einer Demokratie verband, die ihn seine eigenen Ziele durchsetzen ließ, aber auch zur Übernahme demokratischer Spielregeln und Verfahren durch ihn selbst führte<sup>7</sup>.

Die Nachkriegsprosperität hat vermutlich neben beeindruckenden Wohlstandssteigerungen zur Etablierung und Stabilisierung einer westdeutschen Demokratie, wenn auch nach traditionell-bürgerlichem Modell, geführt<sup>8</sup>.

## II. DER WACHSTUMSTREND

Durch eine nähere Betrachtung der globalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands soll der Wachstumsverlauf differenziert werden. Wie Tab. 3, deutlicher aber die graphische Umsetzung in Abb. 2 zeigt, ist der konkrete Wachstumspfad durch nahezu regelmäßige 4–5jährige Zyklen, relativ gleichmäßige Intensität der Schwingungen und insgesamt fallenden Trend gekennzeichnet. Bis in die Mitte der 60er Jahre waren selbst die Konjunkturtäler noch mit hohen Wachstumsraten verbunden, wie sie danach erst in den Gipfeln erreicht wurden. Eine erste Krise fand 1967/68 als Stagnationskrise statt, die zweite wurde bereits zur Schrumpfungskrise 1974/75. Von daher wurde für die Bundesrepublik nicht von Konjunktur-, sondern Wachstumszyklen<sup>9</sup> gesprochen. Versuche, aus

5 Der Anteil der Abhängigen an den Erwerbspersonen stieg kontinuierlich von 68,5 v. H. (1950) auf 84,5 v. H. (1975). Daher kann diese Größe Dimension und Entwicklung der Masseneinkommen repräsentieren.

6 Vgl. *Ludwig Erhard*, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf 1957, S. 14.

7 Nicht ganz so deutlich wird dies auch ausgesprochen von *Harald Mey*, *Marktwirtschaft und Demokratie. Betrachtungen zur Grundlegung der Bundesrepublik*, in: *VfZG* 19/1971, S. 160–186, hier S. 172 f.

8 Der Wohlfahrtsstaat ist zwar nicht unbedingte Voraussetzung für Demokratie, aber wohl gerade für Westdeutschland die beste Voraussetzung ihrer Stabilisierung gewesen. Vgl. *Mey*, a. a. O., S. 184.

9 Siehe *Winfried Vogt*, *Die Wachstumszyklen der westdeutschen Wirtschaft*, Tübingen 1968; *Adolf Wagner*, *Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1972, und: *Wachstumszyklen – über die neue Form der Konjunkturschwankungen*, hrsg. von *Alfred E. Ott* (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 71), Berlin 1973.

Tab. 3: Wirtschaftliches Wachstum der Bundesrepublik seit 1949<sup>a)</sup>  
 Reales Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 – Veränderung gegenüber Vorjahr  
 in v. H.

1949	+ 11,2				
1950	+ 31,0	1960	+ 9,0	1970	+ 5,8
1951	+ 10,4	1961	+ 5,4	1971	+ 3,0
1952	+ 8,9	1962	+ 4,0	1972	+ 3,4
1953	+ 8,2	1963	+ 3,4	1973	+ 5,1
1954	+ 7,4	1964	+ 6,7	1974	+ 0,4
1955	+ 12,0	1965	+ 5,6	1975	— 3,2
1956	+ 7,3	1966	+ 2,9	1976	+ 5,7 <sup>b)</sup>
1957	+ 5,7	1967	— 0,2	1977	+ 2,4 <sup>b)</sup>
1958	+ 3,7	1968	+ 7,3		
1959	+ 7,3	1969	+ 8,2		

a) 1949 bis 1960 ohne, ab 1960 einschließlich Saarland und Berlin.

b) Vorläufig.

Quellen: *Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1973*, S. 150 f., *JG 1976/77*, BT-Drucks. VII/5902, S. 239.

dem Wachstumsverlauf, der durch die zyklische Bewegung verzerrt wird, den Trend herauszufiltern, bleiben wegen der dabei notwendigen Unterstellung der Art der Trendfunktion immer unbefriedigend<sup>10</sup>. Statt des daher üblichen Verfahrens einer gleitenden Mehrjahres-Durchschnittsbildung wird hier mit Abb. 3 ein im Prinzip simples, aber im Ergebnis effektvolles Verfahren angewandt, das weniger von den absoluten Werten als dem Verlaufsmuster her die Trendentwicklung verblüffend eindeutig zeigen kann<sup>11</sup>. Mit vergleichsweise großer Regelmäßigkeit weist der Trend die Form einer Hyperbel auf, die einem gewissen »Normalwert« zuzustreben scheint<sup>12</sup>. Daß dies nicht reine Zahlenspielerei und mathematischer »Formelkram« ist, zeigt die These einer langfristig-säkularen, relativ

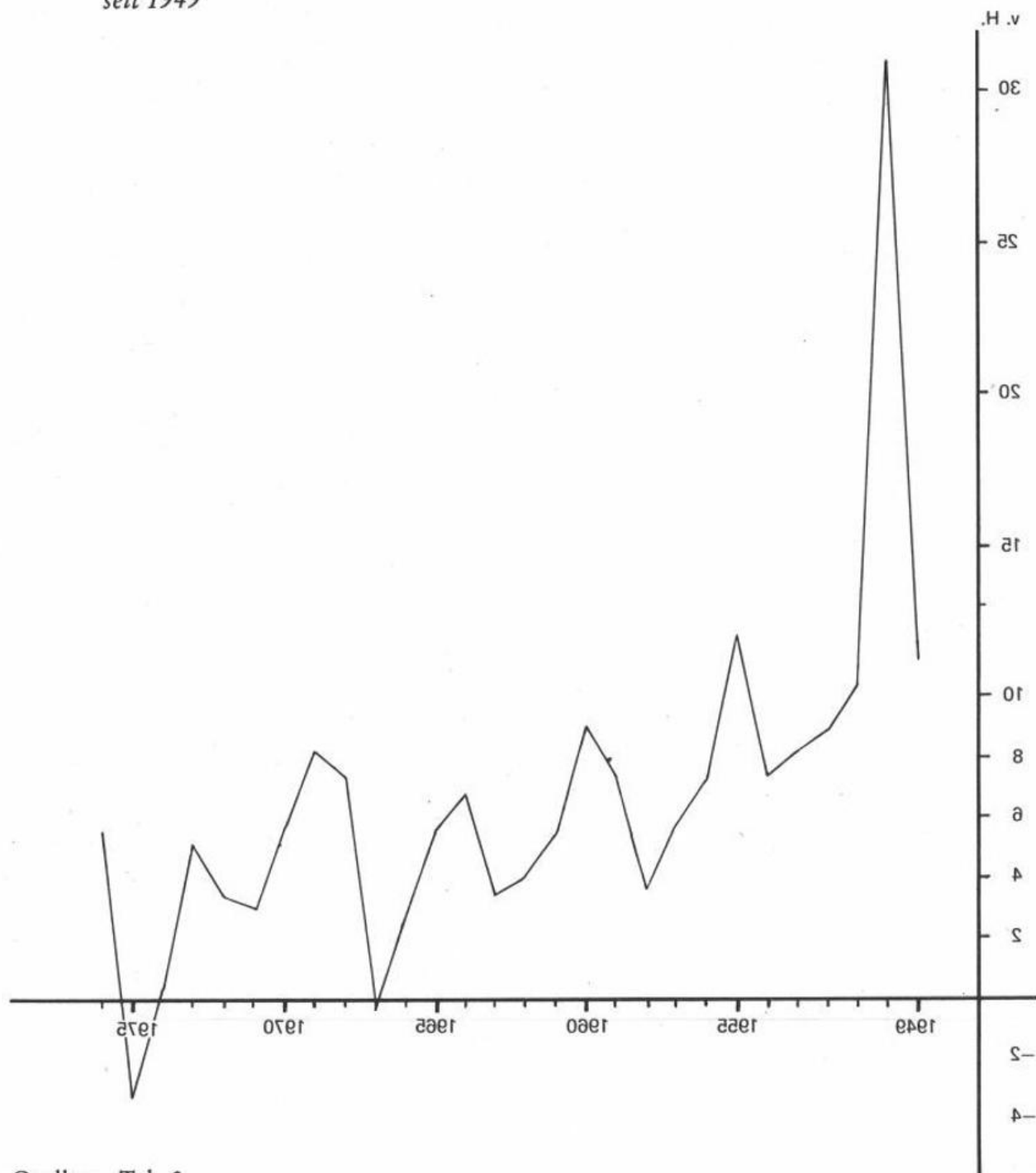
<sup>10</sup> Gleichgültig, ob eine lineare oder nicht-lineare Trendfunktion unterstellt wird, ist ein solches Vorgehen willkürbehaftet. Eine andere Möglichkeit besteht im pragmatischen Ausweichen auf rigide Jahrfünft-Durchschnitte oder die Jahresdurchschnittswachstumsraten in den einzelnen Wachstumszyklen, die dann gerade auch als solche gut zu erkennen sind. Auf der Basis der in Tab. 3 präsentierten Zahlen ergeben sich als Zyklusdurchschnitte bei Einbeziehung des letzten und des ersten Jahres des benachbarten Zyklus (überlappende Ermittlung) folgende Werte: 1951/54 : 12,7; 1955/58 : 7,2; 1959/63 : 5,6; 1964/67 : 4,3; 1968/71 : 4,6; 1972/75 : 2,4 (jeweils) v. H. Deutlicher noch als in Abb. 3, wo ein vorübergehender Stillstand des Trendabschwungs als Verharren auf gleichem Niveau zu erkennen ist, wird in diesen Zahlen der Zyklus 1968/71 als Sonderbewegung sichtbar. Ohne dem näher nachzugehen, sei nur auf *Werner Glastetter*, *Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975*, Berlin/Heidelberg/New York 1977, verwiesen, der aufgrund seiner Analyse zu dem Schluß kommt, daß es einen »Superzyklus« von 1968/75 gegeben hätte, der aus dem übrigen Verlaufsmuster herausfiel.

<sup>11</sup> Dadurch, daß als Ausgangsbasis der Berechnung das Jahr 1948 gewählt wurde, sind die absoluten Werte gegenüber dem normalerweise verwendeten Anfangsjahr 1950 überhöht, da das 1948er Niveau des Bruttosozialprodukts natürlich erheblich niedriger war.

<sup>12</sup> Es erscheint deswegen durchaus legitim, die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft in den 50er und 60er Jahren als positive Ausnahmeerscheinung, als atypischen Wachstumsspur aufzufassen, der etwa im Verlauf der 70er Jahre zu seiner »Normalität« zurückkehrt.

gleichmäßigen Entwicklungsrichtung nicht nur der deutschen Volkswirtschaft, wie sie sich beispielsweise aus der Rekonstruktionstheorie ergibt<sup>13</sup>. Und in der Tat weist die west-

Abb. 2: Wachstumsraten des realen Sozialprodukts in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949

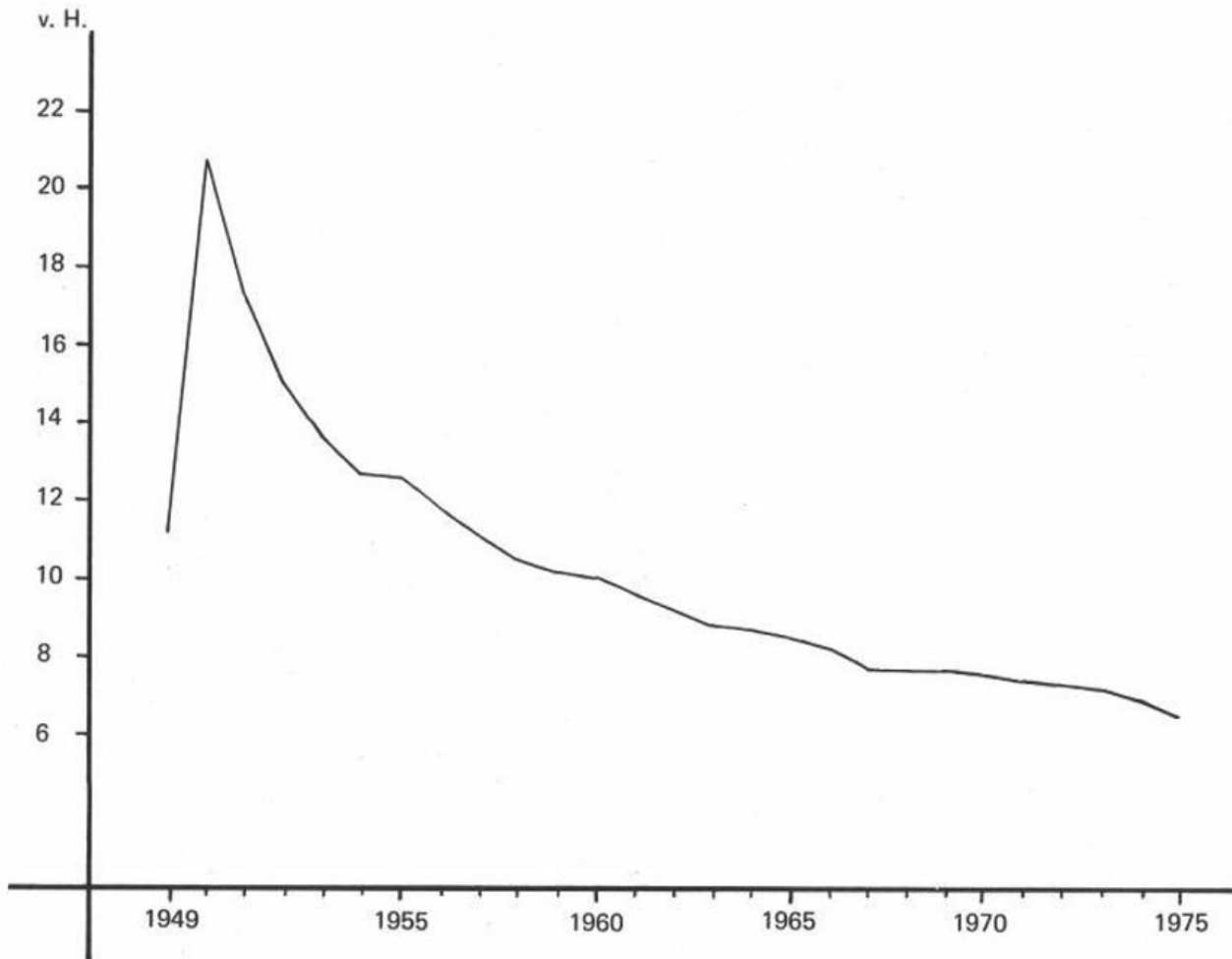


Quellen: Tab. 3.

13 Siehe *Franz Janossy*, *Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung*, Frankfurt o. J. (1968), das von der Forschung bislang vernachlässigt und nur als Thesegrundlage verwandt wurde, siehe *Knut Borchardt*, *Wachstum und Wechsellen 1914–1970*, in: *Hermann Aubin / Wolfgang Zorn* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 685–740, hier S. 726, und *ders.*, *Trend, Zyklen, Strukturbrüche, Zufälle: Was bestimmt die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts?* in: *VSWG* 64/1977, H. 2, S. 145–178, ebenso *Werner Abelshäuser*, *Wirtschaft in Westdeutschland*

deutsche Wirtschaft zwischenzeitlich eine Wachstumsrate auf, die in etwa dieser säkularen, empirisch vorfindbaren Jahresdurchschnittswachstumsrate entspricht<sup>14</sup>. Doch ist damit sehr schnell das Feld der Spekulation erreicht. Mit ähnlichen Unsicherheiten sind auch die weiteren, für die längerfristige Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft vorgelegten Erklärungen behaftet, wie die »Theorie der langen Wellen« à la Kondratieff<sup>15</sup>, die Innovations-

Abb. 3: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten, bezogen auf das II. Halbjahr 1948<sup>a)</sup>



a) Die durchschnittlichen Jahreswachstumsraten wurden gleitend vom Anfangswert 1948/II errechnet. Die Jahresdurchschnittsrate für ein beliebiges Jahr gibt das durchschnittliche jährliche Wachstum des betrachteten Jahres gegenüber 1948/II an. Die Gebietsänderung in 1960 wurde in der Weise berücksichtigt, daß der Ausgangswert 1948/II entsprechend der Zunahme des Sozialprodukts durch die Gebietsstandsveränderung korrigiert wurde.

Quellen: *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 260; *WiSta*, N. F., 2/1950, S. 110; *Stat. Jb.* 1953, S. 544; *JG 1976/77*, BT-Drucks. VII/5902, S. 239.

1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975, S. 23–30.

<sup>14</sup> Die in Tab. 1 (oben, S. 218) aufgeführte Jahresdurchschnittswachstumsrate für die Bundesrepublik Deutschland für 1973–1976 in Höhe von 2,0 v. H., bezogen auf das reale Sozialprodukt je Kopf, entspricht derselben Rate für den langen Zeitraum 1870–1976 (Deutsches Reich/BRD) von 2,0 v. H.

<sup>15</sup> Im Rahmen solcher long-swing-Hypothesen ist die Arbeit von *N. D. Kondratieff*, *Die langen Wellen der Konjunktur*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 56/1926, S. 573–609, wohl am bekanntesten. Daneben seien noch als grundsätzliche Arbeiten erwähnt *Simon S. Kuznets*, *Secular Movements in Production and Prices*, Boston 1930, und *Walther G. Hoffmann*,

theorie<sup>16</sup>, die Strukturbruch-These<sup>17</sup> und verschiedene monokausale Ansätze<sup>18</sup>. Erst recht hat sich die ökonomische Wachstumstheorie zu sehr in ökonometrische, hoch abstrakte Theorien verfangen, als daß sie empirische Befunde konsistent verdichten könnte. Eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands muß daher erst noch geschrieben werden, auch wenn die Rekonstruktionstheorie eine gewisse Plausibilität für sich hat<sup>19</sup>.

Der Anspruch des vorliegenden Aufsatzes ist demgegenüber viel bescheidener. Er beschäftigt sich weder mit der gesamten Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik – dazu liegt mittlerweile eine Reihe von Darstellungen vor<sup>20</sup> –, noch will er die verschiedenen Erklärungsansätze empirisch überprüfen. Der Blick wird vielmehr auf den wirtschaftlichen Verlauf der Jahre 1948 bis 1954<sup>21</sup> gerichtet, wobei sowohl die Ausgangsbedingungen für das westdeutsche Nachkriegswachstum wie die Besonderheiten des ersten marktwirtschaftlichen Zyklus näher betrachtet werden sollen, da die retrospektive Fixierung allein auf das Wachstumsphänomen den Blick für die wirtschaftlichen Probleme in der Frühphase der Bundesrepublik eher verdeckt als offenlegt. Eine Anknüpfung an Vorkriegszahlen geschieht dabei zum einen unter dem Aspekt historischer Kontinuitäten; zum anderen bestimmte aber gerade der Vergleich mit dem Niveau der Vorkriegsdaten das wirtschaftspolitische Bewußtsein der Zeit.

---

Wachstum und Wachstumsformen der englischen Industrielandschaft von 1700 bis zur Gegenwart, Jena 1940. *Léon Hugo Dupriez*, 1945 bis 1972 als Aufschwungphase eines Kondratieff-Zyklus? in: IFO-Studien 18/1972, S. 503–516, bejaht die Existenz einer langen Nachkriegswelle nicht nur für die Bundesrepublik, sondern die westlichen Industrieländer insgesamt. Zur aktuelleren Diskussion in der Bundesrepublik siehe *Adolf Wagner*, Kondratieff-Zyklen in unserer Zeit? in: Wirtschaftsdienst 55/1975, H. 5, S. 239–243, sowie die Beiträge zu: Lange Wellen – Realität oder Mythos? in: Wirtschaftsdienst 56/1976, H. 4, S. 169–179. Auf »methodisch sauberer Grundlage« sind solche long-swing-Hypothesen aber zur Zeit »überhaupt nicht überprüfbar«, so *Winfried Stier*, Die »langen Wellen« in der Konjunktur, in: Wirtschaftsdienst 56/1976, H. 12, S. 637–639.

16 Siehe *Gerhard Mensch*, Das technologische Patt, Frankfurt 1975.

17 Siehe die schon erwähnte Arbeit von *Borchardt*, Trend, a. a. O.

18 Siehe *Abelshauer*, S. 22 f., wo die monokausalen Erklärungsansätze für das Nachkriegswachstum zusammengefaßt sind.

19 Die Attraktivität der »Rekonstruktionstheorie« Janossys liegt darin, daß sie sowohl das Wachstumsphänomen wie den abwärts gerichteten Wachstumstrend erklären kann. Danach führen zunächst hohe, dann sinkende Wachstumsraten in einem Wachstumsspur das Produktionsniveau zurück zu seinem langfristigen Entwicklungspfad, so daß die Wachstumsraten auf die »Trendlinie« einschwngen. Ursache für diesen Rekonstruktionsprozeß ist die Nachkriegsdiscrepanz zwischen dem durch Kriegseinwirkungen verminderten Kapitalstock (Arbeitsplatzstruktur) und dem in seiner Qualität (skill) erhaltenen Arbeitsstock (Berufsstruktur). Die Dynamik der Rekonstruktionskräfte in der Bundesrepublik war deswegen besonders groß, weil nicht nur die Folgen des 2. Weltkrieges, sondern auch der Rückstand aus der Zwischenkriegszeit (relative Stagnation) aufgeholt wurden. Vgl. *Janossy*, passim.

20 Den besten Überblick gibt sowohl für die Zeit 1945–1949 wie 1949–1970 *Borchardt*, Wachstum, a. a. O., S. 685–740. Eine differenzierte Analyse der Makrodaten liegt mit *Glastetter* vor. Siehe auch *Harald Winkel*, Wirtschaft im geteilten Deutschland, Wiesbaden 1973. – Eine orthodox-marxistische Interpretation liefert *Karl Neelsen*, Wirtschaftsgeschichte der BRD, Berlin – DDR 1971.

21 Unbeschadet der wirtschaftshistorischen Schwierigkeiten bei der Angabe exakter Zeitpunkte spricht für eine Zäsur 1954/55 eine Reihe von Gründen: das erstmalige Absinken der Arbeitslosenquote unter 5 v. H., die bis dahin beobachtbare relative Konstanz des Preisniveaus, der Aufbau eines funktionsfähigen Kapitalmarktes, das Auslaufen des ersten Wachstumszyklus. Für *Winkel*, S. 91, geht 1955 der letzte große Nachkriegsaufschwung zu Ende, für *Karl W. Roskamp*, Capital Formation in West Germany, Detroit 1965, S. 75 f., beginnt nach 1954 die Expansion durch umfangreiche Investitionen.

## III. NACHKRIEGSSITUATION

Die wirtschaftlichen Folgen des 2. Weltkrieges äußerten sich in einer Reihe fundamentaler Disproportionalitäten, vergleicht man den Zustand der (west)deutschen Wirtschaft vor und nach dem Kriege. Ohne daß an dieser Stelle einer exakten Bilanzierung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen<sup>22</sup> nachgegangen werden kann, vermitteln doch schon wenige Kennziffern einen Eindruck der strukturellen Wandlung und erlauben eine Aussage über die Notwendigkeit einer dem Wiederaufbau verpflichteten Wirtschaftspolitik. Das damals größte Problem lag in dem Bevölkerungsdruck, der durch die Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene entstanden war. Dieser Bevölkerungsdruck wirkte zweifach<sup>23</sup>: Einerseits verschlimmerte er in den ersten Nachkriegsjahren die Ernährungssituation (Disproportionalität zwischen Arbeitspotential und lebensnotwendigem Konsumgüterbedarf), auch wenn dieses große Nachfragepotential in einem »Konsumstoß« nach der Währungsreform die Aufwärtsentwicklung beschleunigte. Andererseits fehlte es an entsprechenden Arbeitsplätzen, um diese größere Bevölkerung sozial integrieren und ihren skill in produktive Leistungen umsetzen zu können (Disproportionalität zwischen Arbeitspotential und Kapitalausrüstung). Zu ihrer Absorption mußte der Kapitalapparat schneller wachsen als das Arbeitspotential. Aus Tab. 4 läßt sich erkennen: Die Bevölkerungsdichte war 1948 wesentlich größer als im Reichsgebiet, die landwirtschaftliche Nutzfläche war durch den Verlust der Agrargebiete im Osten radikal geschrumpft, der private Verbrauch war als Folge der noch geringen Produktion und der relativ größeren Bevölkerungszahl dementsprechend gesunken, der industrielle Kapitalstock je Kopf um 6 v. H. vermindert, auch wenn er absolut im Vergleich mit 1936 um 11 v. H. höher lag, da er, was gerne übersehen wird, nach 1936 durch umfangreiche Investitionen vor und während des Krieges noch weiter ausgebaut worden war<sup>24</sup>. Für die westdeutsche Wirtschaftspolitik konnte angesichts dieser Ausgangskonstellation die Lösung nur in einer Industrialisierungs-<sup>25</sup> und einer damit verbundenen Außenhandelsstrategie<sup>26</sup> liegen.

22 Dazu seien als zeitgenössische Versuche die Sammelbände des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nachfolger des Instituts für Konjunkturforschung, in Berlin genannt: *Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch*. Tatsachen und Probleme, hrsg. vom DIW, Berlin 1947 und *Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen*, hrsg. vom DIW, Berlin 1948. Als Ergebnis neuerer wirtschaftshistorischer Forschung siehe *Abelshäuser*.

23 Vgl. *Helmut Meinhold*, Planwirtschaft oder Marktwirtschaft. Entscheidung anlässlich der Geldneuordnung, in: *Wirtschaftszeitung* 3/1948, Nr. 12 vom 19. 3. 1948, S. 3.

24 Auf der Basis der dazu besten Zahlen von *Rolf Krenzel*, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956 (= DIW-Sonderhefte, N. F., Nr. 42), Berlin 1958, kommt *Abelshäuser*, S. 117–122, zu dem Ergebnis, daß absolut der Kapitalstock im Bundesgebiet, gemessen am Brutto-Anlagevermögen in Preisen von 1936, zu Kriegsende, also 1945, trotz der Zerstörungen um 20,6 v. H. höher als 1936 lag; er verminderte sich zwischen 1945 und 1948 durch Restititionen und Demontage um 8 v. H., so daß als Gesamteffekt eine absolute Steigerung von 11 v. H. verblieb.

25 So sprach z. B. *Karl Schiller*, Gegenwärtige Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaftsplanung, in: *Außenwirtschaft* 2/1947, S. 234–246, von der »notwendigen Neu-Industrialisierung Deutschlands«.

26 Der spätere Direktor für Wirtschaft und Bundeswirtschaftsminister Erhard sah damals im Außenhandel den Rettungsanker für die deutsche Wirtschaft; siehe *Ludwig Erhard*, Außenhandel. Kernproblem der deutschen Wirtschaft, in: *Der Wirtschaftsspiegel* 2/1947, H. 12, S. 281–285. Auch *Schiller*, a. a. O., betonte die Bedeutung einer stärkeren Verflechtung der deutschen Wirtschaft in den Welthandel.

Tab. 4: Kennziffern fundamentaler Disproportionalitäten in der westdeutschen Wirtschaft nach Kriegsende (1936: Reichsgebiet; 1948: späteres Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin)

	1936	1948	Veränderung in v. H.
Landwirtschaftliche Nutzfläche je Einwohner (ha)	427	285 <sup>a)</sup>	— 33
darunter Ackerland	288	160 <sup>a)</sup>	— 44
Dauergrünland	127	114 <sup>a)</sup>	— 10
Bevölkerungsdichte: Einwohner je qkm	143	194	+ 36
Privater Verbrauch je Einwohner in RM/DM (Preise von 1936)	694	591	— 15
Industrieller Kapitalstock je Einwohner in RM/DM (Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1936)	553	519	— 6

a) 1949.

Quellen: *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 90, 159; *Abelshäuser*, S. 118, 121; *Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Köln 1955, S. 410.

#### IV. DIE INDUSTRIELLEN EXPANSIONSPHASEN

Die einzige Möglichkeit, sich einen durchgängigen Überblick über den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands zu verschaffen, liegt in der Verwendung des Index der Industrieproduktion, der durch den großen Strukturanteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht nur die Entwicklung des Industriesektors aufzeigen, sondern auch in grober Annäherung die Gesamtentwicklung repräsentieren kann. Ohne komplizierte und aufwendige, im Ergebnis aber immer noch unsichere Berechnungen kann ansonsten die Lücke der amtlichen Statistik in der Sozialproduktsberechnung nicht geschlossen werden<sup>27</sup>. Die Industrieproduktion ist dafür der einzige, relativ zuverlässige Ersatz<sup>28</sup>. Die präsentierten Zahlen (Tab. 5)<sup>29</sup> zeigen die industrielle Entwicklung Westdeutschlands während

27 In den heutigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes enden die Angaben zum Sozialprodukt 1939 und beginnen wieder mit dem Jahr 1950 (siehe z. B. *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1972, S. 260 ff.). Darüber hinaus lassen sich Angaben über das Volkseinkommen bis 1941 im *Statistischen Handbuch von Deutschland 1928–1944*, hrsg. vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 600, und über das Sozialprodukt in der zweiten Jahreshälfte 1948 in: *Statistisches Jahrbuch* 1952, S. 452 f., und für 1949 in: *Stat. Jb.* 1953, S. 544, finden.

28 Allerdings ergibt sich auch hierbei eine Reihe von methodischen und Materialproblemen. Siehe die Hinweise bei *Abelshäuser*, S. 32–35; *Henry C. Wallich*, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt 1955, S. 36 f.; *Ferdinand Grünig / Rolf Kregel*, *Die Expansion der westdeutschen Industrie 1948 bis 1954* (= DIW-Sonderhefte, N. F., Nr. 34), Berlin 1955, S. 20 ff.

29 Es wurde wie folgt vorgegangen: Die Angaben von *Kregel* dienten als Ausgangspunkt. Sowohl

Tab. 5: Index der industriellen Produktion<sup>a)</sup> in Westdeutschland 1925–1975  
(1950 = 100)

1925	79	1942	117	1960	247
1926	78	1943	117	1961	263
1927	98	1944	120	1962	273
1928	97	1946	32	1963	282
1929	98	1947 <sup>b)</sup>	41	1964	305
1930	87	1948 <sup>b) c)</sup>	57	1965	322
1931	71	1949	80	1966	327
1932	58	1950	100	1967	319
1933	64	1951	118	1968	357
1934	77	1952	126	1969	404
1935	83	1953	137	1970	427
1936	93	1954	153	1971	433
1937	102	1955	177	1972	446
1938	110	1956	191	1973	479
1939	117	1957	201	1974	470
1940	117	1958	207	1975	438
1941	117	1959	221		

a) Ohne Bauindustrie und Energiewirtschaft; auf ganze Werte auf- und abgerundet, um Scheingenauigkeit zu vermeiden.

b) Errechnet über die Zusammenfassung der Indexschätzungen auf Basis 1936 von *Abelshausen* (Amerikanische und Britische Besatzungszone) und *Manz* (Französische Besatzungszone), gewichtet mit den 1936er Anteilen der Zonen am Nettoproduktionswert.

c) Sowohl die Berechnungen anhand der Zahlen von *Krengel* wie die mittels der Angaben bei *Manz* und *Abelshausen* kommen zum annähernd gleichen Ergebnis.

Quellen: *Krengel*, S. 82; *Abelshausen*, S. 58, S. 80; *Manz*, S. 22, 25, 39; *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 177; *JG 1976/77*, S. 271.

der letzten 50 Jahre unter der Annahme, das Bundesgebiet hätte als wirtschaftliche Einheit schon vor 1949 bestanden. Doch lag gerade in der Nachkriegszeit ein gewisses Bedürfnis für Zahlen über längerfristige Entwicklungen vor, die für Westdeutschland nur so gewonnen werden konnten. Heute stellt eine solche lange Reihe den Anschluß an die Vorkriegszeit wieder her und läßt folgendes evident werden:

– In der ersten Hälfte der Reihe bis 1950 liegt der Index, von den direkten Nachkriegsjahren abgesehen, zwischen einem Minimum von 58 (1932, Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise) und einem Maximum von 120 (Höchststand der Rüstungsproduktion).

– Für die zweite Hälfte ab 1950 steigt der Index ab 1946 nahezu ungebrochen an (Ausnahme: 1967 und 1974/75), scheinbar eine Zeit stetiger Expansion und Prosperität, jedoch verbunden mit einem Absinken der absoluten Wachstumsraten.

sein Preisbasisjahr wie die zu untersuchende Periode legten es nahe, 1950 als Basis des Index zu verwenden, das dadurch außerdem genau die Mitte der Zeitreihe markiert. Die fehlenden Angaben mußten über Berechnungen und Verkettung gewonnen werden. Dazu wurden für 1946–1948 die Angaben bei *Mathias Manz*, Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone von 1945 bis 1948, Wirtschaftswiss. Diss. Mannheim 1968, und *Abelshausen* auf der Grundlage ihrer Neuberechnungen verwandt. Da *Krengel*'s Zahlen 1955 enden, wurde die Reihe über die Verkettung mit dem Index der industriellen Nettoproduktion der amtlichen Statistik, Basis in 1962 und 1970, fortgeführt.

– Dies belegt die Einschätzung der beiden Abschnitte: in der Zwischenkriegszeit »relative Stagnation«<sup>30</sup>, in der Nachkriegszeit eine in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands bis dahin beispiellose Explosion.

– Betrachtet man nur die Zahlen für den Zeitraum 1948–1954<sup>31</sup>, aber auch für die ersten beiden Nachkriegsjahre, so scheint bereits hier die beispiellose Explosion ohne jegliche Einschnitte zu beginnen. Doch der Eindruck stetiger Aufwärtsentwicklung täuscht. Gerade für die Vor- und Frühphase der westdeutschen Wirtschaft muß daher eine zeitliche Differenzierung erfolgen.

Die Französische Besatzungszone<sup>32</sup> (FBZ) erlebte jeweils durch starke Saisonkräfte in der ersten Jahreshälfte 1946 und 1947 Auftriebstendenzen, die in der zweiten Jahreshälfte wieder in sich zusammenfielen. Ursache dafür war die mangelnde Zwischenproduktversorgung aufgrund der hohen Entnahmen aus der laufenden Produktion von seiten der französischen Militärregierung. Die starke Verbesserung der Zwischenproduktversorgung im 2. Quartal 1948 gab die Voraussetzung für den einsetzenden Aufschwung (Tab. 6)<sup>33</sup>.

Tab. 6: Verlauf der Industrieproduktion 1946–1948 im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (VWG) und in der Französischen Besatzungszone (FBZ) – Schätzungen

		FBZ (1936 = 100) I	VWG (1936 = 100) II	
			ABZ	BBZ
1946		33,3 <sup>a)</sup>	37,0 <sup>a)</sup>	31,3 <sup>a)</sup>
			39,6 <sup>b)</sup>	
1947	I.	38,9		35,0
	II.	46,4		42,4
	III.	48,4		46,5
	IV.	48,0		49,3
1948	I.	50,0		52,9
	II.	53,7		56,1
	III.	60,7		64,4
	IV.	67,0		—

a) Angabe bezieht sich auf das Jahr insgesamt. Vgl. Anm. 33.

b) Angabe bezieht sich nur auf IV. Quartal.

Quellen: I. *Manz*, S. 35 f.

II. *Abelshausen*, S. 58. ABZ = Amerikanische Besatzungszone, BBZ = Britische Besatzungszone.

30 Siehe *Dietmar Petzina / Werner Abelshausen*, Zum Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. v. *Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod*, Düsseldorf 1974, S. 57–76.

31 Das Jahresdurchschnittswachstum der Industrieproduktion betrug in diesem Zeitraum 12 v. H.

32 Vgl. *Manz*.

33 Die Zahlen stellen verfeinerte Schätzungen der Autoren dar, die für 1947 und 1948 höher liegen als die amtlichen Angaben. Der Eindruck einer scheinbar steten Aufwärtsentwicklung wird von den Autoren durch eine differenzierte Analyse der Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1947 widerlegt. Siehe *Manz*, S. 26–41, und *Abelshausen*, S. 35–63 und 167 f.

Im Gegensatz dazu entwickelte sich im späteren Vereinigten Wirtschaftsgebiet (VWG) ab 1945 ein anhaltender Rekonstruktionsprozeß, der erst 1946/47 an seine Schranke stieß: die Krise des Transportsystems im Verlauf des harten Winters. Im Spätsommer 1947 setzte mit dem zweiten Rekonstruktionsversuch gleichzeitig die Phase anhaltenden Wachstums ein<sup>34</sup>. Während die Jahre 1946/1947 für die FBZ als »relative Stagnation« bezeichnet werden können, kennzeichnen zwei Aufschwungphasen die Entwicklung des VWG. Aber sowohl die Bizone wie das französische Besatzungsgebiet wiesen schon vor der Währungsreform ein ausgeprägtes wirtschaftliches Wachstum auf. Demnach, so das übereinstimmende Ergebnis der beiden Studien von Abelshäuser und Manz, kann die Währungsreform vom 20. 6. 1948 nicht direkte und alleinige Ursache der westdeutschen Nachkriegsexpansion sein (Tab. 6)<sup>35</sup>.

Tab. 7: Verlauf der Industrieproduktion<sup>a)</sup> 1948–1954 im Bundesgebiet – Quartalsausweis (1936 = 100)

	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954
I.	48,6 <sup>b)</sup>	79,3	94,3	124,8	134,7	141,9	155,9
II.	51,9 <sup>b)</sup>	81,3	100,6	131,4	133,0	146,0	164,1
III.	62,1	89,6	118,4	131,7	143,8	157,0	177,6
IV.	75,5	97,8	129,0	141,2	154,6	168,7	194,1

a) Ohne Bau und Energieerzeugung.

b) Dies sind die amtlichen Zahlen, die nach übereinstimmendem Ergebnis von Manz, S. 114 ff., und Abelshäuser, S. 62 f., als zu niedrig gelten müssen.

Quellen: Stat. Jb. 1952, S. 209; Stat. Jb. 1953, S. 263; Stat. Jb. 1954, S. 241; Stat. Jb. 1955, S. 227.

Ebenso ergibt die zeitlich differenzierte Analyse der Jahre 1948 bis 1954 (Tab. 7) ein klareres Bild der Expansion. Der schon vor der Währungs- und Wirtschaftsreform vom Juni 1948 einsetzende Aufschwung der Industrieproduktion hielt bis Ende 1949, wenn auch zuletzt verlangsamt, an und mündete in eine mit den höchsten Arbeitslosenzahlen<sup>35</sup> der Nachkriegszeit verbundene Wachstumspause Anfang 1950, deren Ursache u. a. im Auslaufen des Nachfragestaus lag. Der im Sommer 1950 einsetzende Korea-Boom sorgte dann für die Fortsetzung der Dynamik, in deren Folge Anfang 1951 erstmals wieder schwerwiegendere Engpaßprobleme auftauchten<sup>36</sup>. Insbesondere die Versorgung mit industriellen Grundstoffen wie Kohle, Eisen und Stahl sowie mit Elektrizität gab neben einem gewissen Mangel an Waggonraum Probleme auf, die, verstärkt durch die Zahlungsbilanzkrise gegenüber der Europäischen Zahlungs-Union (EZU), in der wirtschaftspolitischen Diskussion<sup>37</sup> ernster gesehen wurden, als sie im Endeffekt tatsächlich waren<sup>38</sup>. Die Stagnation

34 Vgl. Abelshäuser.

35 Die höchste Arbeitslosenzahl lag im Februar 1950. Nahezu 2 Mio. Personen (genau: 1 982 Tsd.) waren arbeitslos gemeldet. Dem entsprach eine Arbeitslosenquote von etwas mehr als 12,2 v. H. (WiSta 2/1950, S. 542).

36 Siehe dazu die Studie von Richard Salomon, Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948 bis 1952, Kiel 1954.

37 In den ersten vier Monaten des Jahres 1951 wurde eine breite Diskussion über entsprechende Maßnahmen zum Aufbrechen der Produktions- und Kapazitätsengpässe geführt, in deren Verlauf von nahezu allen wirtschaftspolitischen Akteuren Vorschläge gemacht wurden, wie die Investitionen in den Grundstoffindustrien zu vergrößern seien. Extreme des dabei einzuschlagen-

Mitte 1951 wurde nämlich nicht nur durch die Produktionsengpässe, sondern auch durch einen allgemeinen Nachfragerückgang bestimmt. Als überlagernder, hemmender Faktor stellten sich nun die alliierten Auflagen und Beschränkungen in den Grundstoffindustrien heraus, so bei der Kohle, wo Deutschland zu hohen Zwangsexporten verpflichtet war<sup>38</sup>, und bei der Stahlproduktion, deren Limitierung durch die Stahlquote aber bereits infolge des durch Korea weltweit verursachten Stahlmangels Ende 1950 aufgeweicht worden war<sup>40</sup>. Neben diesen von außen vorgegebenen Fakten machte sich aber auch Erhards Wiederaufbaustrategie deutlich bemerkbar, die mit ihrer Marktsplaltung in freie und gebundene Preise einseitig die Konsumgüter- bzw. verarbeitende Industrie und den Handel begünstigt hatte, was noch verstärkt wurde durch die Sonderabschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des sogenannten 7er-Katalogs<sup>41</sup>. Die übrige Wirtschaft profitierte so von freier Preisbildung, niedrigen gebundenen Rohstoffpreisen und den Abschreibungsprivilegien, während die Grundstoffindustrien von diesem Selbstfinanzierungspotential ausgeschlossen blieben und der kaum vorhandene Kapitalmarkt keine eigenständige Fremdfinanzierung zuließ<sup>42</sup>. Eine wichtige Rolle hier spielten die ungeklärten Eigentumsverhältnisse in der Schwerindustrie.

den Weges lagen im »Niederbreisiger Programm« der internen Regierungsoption aus FDP und Teilen der CDU/CSU, das, von Erhard unterstützt, eine radikale Freigabe der noch gebundenen Grundstoffpreise vorsah; auf der anderen Seite forderte der DGB einen allgemeinen Investitionsstopp und eine vorübergehende, totale Investitionslenkung auf der Basis der betrieblichen Abschreibungen. Die Bundesregierung griff damals dann den Vorschlag des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft auf, der als »freiwillige« Umlage auf Kosten der verarbeitenden Industrie und des Handels 1 Mrd. DM für die Grundstoffinvestitionen anbot, und brachte nach mehrmonatigen Beratungen das Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft, kurz: Investitionshilfegesetz vom 7. 1. 1952 (*BGBI.* 1952 I, S. 7–14) im Bundestag durch. Siehe dazu die derzeit entstehende Arbeit des Verf.: Konzept und Methode staatlicher Wiederaufbaupolitik am Beispiel des Investitionshilfegesetzes, die sich u. a. ausführlich mit der Entstehungsgeschichte des IHG beschäftigt.

- 38 Der Hauptengpaß lag in der Kohlenversorgung, die durch den verstärkten Import von Kohle, vor allem aus den USA, ab April 1951 verbessert wurde. Im Herbst 1951 sprach man vom sog. Kohlewunder. Die Existenz der Engpässe wurde in den späteren Monographien nicht bestritten, weder von *Salomon* noch vom radikalsten, marxistischen Kritiker der Engpaßdebatte, siehe *Rudi Gündel*, Die zyklische Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft von 1950 bis 1957 unter besonderer Berücksichtigung der Industrieproduktion, Berlin – DDR 1961. Das Engpaßproblem wurde nur als hemmender Faktor der Gesamtentwicklung maßlos überschätzt. Seine breite Erörterung hatte letztlich wohl die Funktion, die alliierten Vorbehalte abzubauen und den Grundstoffindustrien die »Segnungen« der Marktwirtschaft zukommen zu lassen, um nicht mit einer geschwächten Schwerindustrie in die Montanunion hineinzugehen. Doch sind die Motive damit nicht erschöpft.
- 39 Die Exportquote, zu der Westdeutschland nach dem Kriege verpflichtet war, lag im Zeitraum Juli 1950 / Juni 1951 zwischen 24 und 28 v. H. des Kohleabsatzes (*Zahlen zur Kohlenwirtschaft*, hrsg. von der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, 1951, H. 14, S. 15, und 1952, H. 17, S. 15).
- 40 Die offizielle Stahlquote für Westdeutschland, 11,1 Mio. t Rohstahl, wurde bereits 1950 überschritten, ohne daß Sanktionen durch die Alliierten einsetzten. Dies beruhte auf interner Absprache zwischen deutscher und alliierter Seite. Erst Mitte 1951 wurde offiziell die Überschreitung der Quote zugelassen. Die tatsächliche Produktion betrug 1951 bereits 13,1 Mio. t.
- 41 Zur Rolle der Fiskalpolitik im Wiederaufbau und ihrer Bedeutung für Kapitalbildung und -verwendung siehe die Studien von *Roskamp* und *Frederik G. Reuss*, Fiscal Policy for Growth without Inflation, Baltimore 1963.
- 42 Obwohl gerade die Grundstoffindustrien als besonders »kreditabhängige Bereiche« auf den Kapitalmarkt angewiesen waren; vgl. *Werner Ehrlicher*, Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956. Große Bedeutung hatten daher die Gegenwertmittel aus dem European Recovery Program (ERP), die diese Finanzierungslücke zu einem erheblichen Teil überbrückten. Bei der Mittelvergabe bildeten die Grundstoffindustrien einen Schwerpunkt in der Reihenfolge Kohle, Elektrizität und Eisen- und Stahlindustrie. Siehe *Egon R. Baumgart*, Investitionen und ERP-Finanzierung (= DIW-Sonderhefte, N. F., Nr. 56), Berlin 1961, sowie *Manfred Pohl*, Wiederaufbau. Kunst und Technik der Finanzierung 1947–1953, Frankfurt 1973.

Nicht nur 1951, auch 1952 und 1953 verlief der Anstieg der Industrieproduktion, gemessen an den ersten Erfahrungen der westdeutschen Wirtschaft, wesentlich gemäßiger und beschleunigte sich erst wieder 1954. Herausragende Charakteristiken dieses ersten, außerordentlich dynamischen Zyklus waren die Steigerungen ab Ende 1947 und im Korea-Boom. Dem standen die stagnationsbehafteten Perioden 1949/1950 und 1951/1952 gegenüber. Erst ab Mitte 1952 setzte eine gleichmäßigere und stetigere Aufwärtsentwicklung ein, die »Expansion auf breiter Front«<sup>43</sup>. Ende 1954 hatte sich die Industriestruktur weitgehend der neuen Bedarfsstruktur angepaßt<sup>44</sup>.

## V. WÄHRUNGSREFORM, MARSHALL-PLAN UND DEMONTAGEN

Bisher wurden die in der allgemeinen Einschätzung oft dominierenden Faktoren Währungsreform, Marshall-Plan und Demontagen in ihrer Bedeutung für das »Wirtschaftswunder« der Nachkriegszeit noch nicht erläutert. Das »Wunder der vollen Schaufenster« und die mit der Einführung der Marktwirtschaft scheinbar unbegrenzt entfesselten Triebkräfte des Aufstiegs beherrschen zwar die Erinnerung der Zeitgenossen und die frühen Arbeiten zur Wirtschaftsgeschichte Westdeutschlands<sup>45</sup>, doch halten diese Reminiszenzen einer empirischen Überprüfung nicht stand: Der Wachstumsstartpunkt lag bereits vor der Währungsreform, sie kann damit nicht auslösender Faktor, sondern nur Verstärker gewesen sein<sup>46</sup>. Ähnlich verhielt es sich mit den Marshall-Plan-Mitteln aus dem European Recovery Program (ERP), bei denen güterwirtschaftliche (Warenimporte aufgrund der Devisenhilfe) und finanzwirtschaftliche Seite (Verwendung der auflaufenden Gegenwerte für die westdeutsche Investitionsfinanzierung als Kapitalhilfe) getrennt gesehen werden müssen. Nennenswerte Importe setzten erst nach dem Wachstumsstart ein, wurden vorübergehend zur Absicherung der Währungsreform erhöht, um danach in langwierigen, bürokratischen Verfahren bis Ende 1948 steckenzubleiben<sup>47</sup>. Die Hoffnung der Wirtschaftsverwaltung, den »Warenhunger« nach der Währungsreform mit ERP-Importen befriedigen zu können, erfüllte sich daher nicht im gewünschten Umfang. Ende 1948 waren aus dem Marshall-Plan erst 142 Mio. Dollar an Westdeutschland geflossen, rein rechnerisch gerade nur 1 Pfennig je Kopf der Bevölkerung<sup>48</sup>. Der Anteil der Marshall-Plan-Mittel am Bruttosozialpro-

43 Grünig / Krenzel, S. 16–20. Hier sind auch Angaben über die Entwicklung der Industrieproduktion in einzelnen Industriezweigen zu finden.

44 Vgl. Grünig / Krenzel, S. 49.

45 So z. B. Nicholas Balabkins, *Germany under Direct Controls*, New Brunswick, N. J., 1964, Vorwort: »The currency reform of June, 1948, was the beginning of its rapid economic upsurge«. Der erste Satz der Studie von Roskamp, S. 27, lautet: »West Germany's economic growth began with a currency reform in 1948«.

46 So auch deutlich Abelshauser, S. 62: »Die brüske Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, bisher als gesicherte Folgeerscheinung der Währungsreform geltend, fand offenbar nur in der amtlichen Statistik statt«. Weiter: »Die Währungsreform spielt lediglich eine Nebenrolle«. Abelshauser belegt dies u. a. mit der systematischen Unterschätzung des Niveaus der industriellen Produktion vor der Währungsreform. Zum gleichen Ergebnis kommt Manz, S. 37.

47 Dies gilt besonders für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, siehe Abelshauser, S. 163–166. Aufgrund des späteren Wachstumsstarts in der französischen Besatzungszone im II. Quartal 1948 fielen hier Aufschwung und Marshall-Plan-Lieferungen enger zusammen; vgl. Manz, S. 118 f.

48 Quelle: *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975*, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a. M. 1976, S. 341. Umgerechnet mit dem damaligen Dollarkurs von 0,30 US-Dollar = 1 DM (*ebda.*, S. 5), dividiert durch die Bevölkerungszahl des Bundesgebiets ohne

dukt<sup>49</sup> lag 1948 bei ca. 1,1 v. H., 1949: 1,9 v. H., 1950: 1,3 v. H., 1951: 1,5 v. H. und 1952: 0,3 v. H.<sup>50</sup>. Doch begibt man sich bei exakten Zahlenangaben schnell auf unsicheres Terrain, da verschiedene, sich nicht immer entsprechende Zahlen dazu vorliegen. Der Gesamtbetrag der Auslandshilfe an Westdeutschland aus dem Marshall-Plan (ERP mit Folgeprogrammen) betrug für 1948–1954, nach Prüfung verschiedener Angaben, 1 527 Mio. US-Dollar<sup>51</sup>, aus denen die Einfuhrlieferungen finanziert wurden. Der Schwerpunkt des Volumens fiel in die Jahre 1949 und 1950, die Güterstruktur wandelte sich von einem hohen Anteil an Nahrungsmittelimporten zu vermehrten Einfuhren von Rohstoffen und gewerblichen Gütern. Vielfach wenig beachtet wurden die Lieferungen aus GARIOA<sup>52</sup>, deren Schwerpunkt bei Nahrungsgütern lag und die, mit einem hohen Stoß von 68 v. H. während des ersten Marshall-Plan-Jahres, im Gesamtvolumen von 1 428 Mio. US-Dollar<sup>53</sup> im selben Zeitraum nahezu den gleichen materiellen Umfang annahm wie die Marshall-Plan-Mittel. In fast 10 Jahren, 1945–1954, erhielt Westdeutschland Auslandshilfe aus den USA in Höhe von 4 667 Mio. US-Dollar<sup>54</sup>. Die Bedeutung der Auslandshilfe kann hier nicht insgesamt abgeschätzt werden. Im ökonomischen Bereich trug sie durch Auffüllen der »Dollarlücke« zur notwendigen Finanzierung der in den ersten Jahren für Westdeutschland wichtigen Nahrungsmiteleinfuhren bei und schuf so eine positive Rahmenbedingung für den wirtschaftlichen Aufschwung. Ein Zusammenhang zwischen erneutem und vorerst letztem Wachstumsstart und der Auslandshilfe bestand jedoch nicht. Auch im Bereich der unten noch angesprochenen Kapitalbildung der westdeutschen Wirtschaft kam der Verwendung der Gegenwertmittel für die Investitionsfinanzierung eher die Funktion eines »Lückenbüßers« zu. Darüber hinaus muß die Hauptbedeutung des Marshall-Plans für Westdeutschland eher im politischen Bereich gesehen werden. Die ausländische Hilfe unterstützte den Wiederaufbauwillen der Bevölkerung und sicherte die Westintegration der Bundesrepublik politisch ab.

---

Saarland und Berlin (*Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 90), ergibt sich je Einwohner die Zahl von 0,010451 DM. Als Ergänzung dazu steht die ältere Angabe der *Bank deutscher Länder* (BdL) (*Geschäftsbericht 1954*, S. 91), am Ende des 1. Marshall-Plan-Jahres (31. 3. 1949) seien Lieferungen im Werte von 380,6 Mio. US-Dollar eingegangen. Dieser größere Betrag entsprach aber auch nur einer 62prozentigen Ausnutzung der zugesagten Hilfe für dieses Jahr.

49 In jeweiligen Preisen.

50 Berechnet nach *Deutsches Geld- und Bankwesen*, S. 341, S. 5, und *Stat. Jb.* 1952, S. 452, *Stat. Jb.* 1953, S. 544, sowie dem *JG* 1976/77, S. 238.

51 Siehe *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen*, S. 341. Dies entspricht der älteren Angabe der BdL, *Geschäftsbericht 1954*, S. 91. Baumgart, S. 26 nennt die Zahl 1 660 Mio. US-Dollar, die allerdings nicht auf effektiven Lieferungen, wie oben, sondern auf den Zuteilungen beruht. Die ältere einschlägige Quelle, *Wiederaufbau im Zeichen des Marshall-Plans, 1948–1952*, hrsg. vom Bundesminister für den Marshall-Plan, Bonn 1953, führt einander widersprechende Zahlen für den Zeitraum April 1948 bis Ende 1952 an, die etwas höher liegen und auf unterschiedliche Abgrenzungen zurückzuführen sind. An Zuteilungen seitens ECA [Economic Cooperation Administration] und MSA [Mutual Security Agency] flossen hiernach 1 585 Mio. US-Dollar an Westdeutschland (S. 23, S. 158); tatsächlich geliefert wurde im Wert von 1 537 Mio. US-Dollar (S. 23, S. 156 f.), jeweils einschließlich Berlin. Da auch nach Ende 1952 geringfügige Mittel zur Verfügung gestellt wurden, muß der Gesamtbetrag um ca. 130 Mio. US-Dollar eigentlich nach oben korrigiert werden. Den bisher immer noch besten Überblick über den Marshall-Plan gibt, recht knapp, Winfried W. Kretzschmar, *Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik*, München 1964, S. 185–216; er benutzt die Zahlenangaben in: *Wiederaufbau*.

52 Es handelte sich um einen Fonds des US-Kriegsministeriums, Government Appropriations for Relief In Occupied Areas.

53 Siehe BdL, *Geschäftsbericht 1954*, S. 91; die Zahl betrifft den Zeitraum 1948–1952. Die Unterstützung aus GARIOA setzte jedoch schon 1945 ein.

54 Siehe *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen*, S. 341. Die frühere Angabe der BdL (*Geschäftsbericht 1954*, S. 91) lautete auf 4 268,2 Mio. US-Dollar.

Im Gegensatz zu den positiv überschätzten Vorgängen der Währungsreform und des Marshall-Plans standen die Demontagen, deren ursprüngliches Ziel die Verringerung der deutschen Produktionskapazitäten war. Abgesehen von den Änderungen der Demontagepolitik ist jegliche Quantifizierung der tatsächlichen Demontageverluste wegen der Schwierigkeiten der Bewertung nicht nur der abgebauten Anlagen, sondern auch von deren struktureller Bedeutung, problematisch<sup>55</sup>. Harmssen schätzte die durchschnittliche Kapazitätsminderung der westdeutschen Industrie bis Ende 1949 durch die Demontagen auf 5,3 v. H.<sup>56</sup>, nach den Angaben von Krenzel ergaben sich 4,2 v. H.<sup>57</sup> bis Juni 1948, jeweils im Vergleich mit 1936. Der zeitliche Schwerpunkt der Demontagen lag im Jahre 1946; dabei betrafen ca. 90 v. H. der Demontagewerte das Ausrüstungsvermögen<sup>58</sup>.

Es erscheint jedoch wesentlicher, die Bedeutung der Demontagen über solch hoch aggregierte Angaben hinaus aus den Folgen für den industriellen Kapitalstock zu beurteilen. Sowohl der in der Nachkriegszeit geringe Ausnutzungsgrad des Brutto-Anlagevermögens als auch der, gemessen an der Vorkriegszeit, hohe Gütegrad des Anlagevermögens sowie das stetige Anwachsen des industriellen Kapitalstocks seit 1948 von einem höheren Niveau als in der Vorkriegszeit lassen auf die für die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung geringe Bedeutung der Demontagen schließen (siehe Tab. 9, S. 236)<sup>59</sup>. Die Ursache dafür lag vor allem darin, daß die Mehrzahl der Demontagen gerade in den Industriebereichen vorgenommen wurde, die während des Krieges und kriegsbedingt am stärksten expandierten<sup>60</sup>.

Als Fazit bleibt demnach festzuhalten, daß Währungsreform und Marshall-Plan positiv und die Demontagen negativ überschätzt wurden. Als politisch überhöhte Termini bestimmten sie zwar das öffentliche Bewußtsein, hatten jedoch in ihrer materiellen Substanz für den wirtschaftlichen Aufschwung weitaus weniger Bedeutung, als ihnen allgemein zugesprochen wurde. Die Währungsreform wurde zum Hauptbeleg des Erfolges der Erhard-schen Marktwirtschaftspolitik, der Marshall-Plan zum Grundstein des politischen Bündnisses mit den USA, die Demontagen wurden als Ausdruck der alliierten Abrüstungspolitik in der Tradition des Morgenthau-Plans gesehen.

## VI. KAPITALBILDUNG UND -VERWENDUNG

Mit der Relativierung der vielfach als Wachstumsverursacher aufgefaßten Vorgänge Währungsreform und Marshall-Plan stellt sich für den Betrachter die Frage, was denn nun die eigentlichen Wachstumsauslöser und -stimuli gewesen sind. Eine gesicherte und eindeutige

55 Bei größeren, zusammenhängenden Fertigungsanlagen braucht – theoretisch – nur ein wichtiger Bestandteil entnommen zu werden, um die ganze Produktion stillzulegen, z. B. die Steuerungselemente. Der Wert des entnommenen Teils ist dann gering, die durch einen Multiplikatoreffekt vergrößerte Auswirkung auf die Gesamtproduktion nur schwer abzuschätzen.

56 Siehe *Gustav W. Harmssen*, Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951, S. 26. Damit sind nur die reinen Demontagewerte gemeint. Als gesamtwirtschaftlichen Effekt, bei dem die Wirkung der Demontagen berücksichtigt wird, nennt er ca. 8 % Kapazitätsminderung, Ende 1949 gegenüber 1936.

57 Berechnet nach den Angaben *Krenzels*, S. 105 und 94. Hierbei sind die Zeitwerte zugrunde gelegt, die auch *Krenzel* selbst verwendet. Bei Verwendung der Neuwerte liegt die Kapazitätsminderung (Juni 1948 gegenüber 1936) bei 5,5 v. H. (*Krenzel*, S. 103, S. 94).

58 Siehe *Krenzel*, S. 103 ff.

59 Vgl. *Krenzel*, S. 87, 79, 94 f.

60 Vgl. *Abelshausen*, S. 122 ff.

Antwort ist darauf heute (noch) nicht möglich, zumal damit das Problem einer langfristigen industriellen Entwicklungstheorie mit angelegt ist. Der Versuch, die wahren »Triebkräfte des Wiederaufstiegs« zu bestimmen, muß daher beim Verweis auf ein komplexes Ursachenbündel stehenbleiben, dem die Diskrepanz zwischen Berufsstruktur des Arbeitspotentials auf der einen und der Arbeitsplatzstruktur des Kapitalstocks auf der anderen Seite überzuordnen ist. Für den Abbau dieser Diskrepanz kam der Investitionsrate und der Investitionspolitik eine hohe Bedeutung zu: Während der Zeit des Wiederaufbaus wurden Kapitalbildung, Kapitalverwendung und ihre Steuerung durch die Wirtschaftspolitik zu strategischen Bereichen. Daher erscheint es notwendig, vor der Betrachtung der Struktur von Entstehung und Verwendung des Sozialproduktes während des ersten Wachstumszyklus in der Nachkriegszeit das Problem der Kapitalbildung und -verwendung zu behandeln. Daß zwischen diesen beiden Komplexen enge Querverbindungen bestehen, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Zunächst einmal ist die Aufteilung des in einer Wirtschaft erstellten Gesamtprodukts in Konsum und Investition ein gesellschaftliches Grundproblem, dessen Lösung über die Höhe künftiger Produktion und gegenwärtiger Konsumtion entscheidet. Für die Wiederaufbaujahre in Westdeutschland galt zusätzlich: Sowohl der Verlust der Agrarüberschußgebiete wie der Zuwachs der Erwerbsbevölkerung und die strukturellen Verwendungen innerhalb der Industrie durch die Zonenaufteilung erforderten gesamtwirtschaftliches Wachstum und ein Höchstmaß an Investitionen. Die unsichere Informationslage in den ersten Nachkriegsjahren über das wirtschaftliche Leistungsvermögen, das Wissen um die bereits skizzierten wirtschaftspolitischen Ausgangsprobleme sowie die Tatsache einer durch Krieg und Vorkriegsreformzeit aufgestauten Nachfrage machten die Kapitalbildung zum Schlüsselproblem der staatlichen Wiederaufbaupolitik. Daß dabei das absolute Niveau des Investitionsvolumens möglichst groß sein sollte, darüber herrschte ein breiter gesellschaftlicher Konsens, jedoch waren die Methode der Kapitalgewinnung und die Einflußnahme auf die Verwendung in der Frühphase der Bundesrepublik umstritten.

Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis und damit das Investitionsvolumen waren in der Frühphase der Bundesrepublik, verglichen mit den Vorkriegserfahrungen, außerordentlich hoch. Das Gesamtvolumen einschließlich Vorratsbildung lag real im Durchschnitt der Jahre 1949/1951 um 21 v. H., im Durchschnitt der Jahre 1952/1954 um 63 v. H. über dem Wert von 1936<sup>61</sup>. Die industrielle Investitionsquote war im Durchschnitt der Jahre 1948/1954 doppelt so hoch wie 1936<sup>62</sup>; die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote begann 1949 mit 30 v. H. über dem 1936er Stand und stieg kontinuierlich bis 1954 an, wo sie um 46 v. H. größer war als 1936<sup>63</sup>.

Interessanter und zugleich wirtschaftspolitisch brisanter war jedoch die Struktur dieser Kapitalbildung (siehe Tab. 8). Auffällig hieran sind zunächst der niedrige Anteil der privaten Ersparnis (Durchschnitt 1948/54 14 v. H.) und der hohe Staatsanteil (Durchschnitt 1948/1954 27 v. H.) an der Bruttoersparnis. Werden noch die fiskalpolitischen Wirkungen beim Staat mitberücksichtigt, die durch die verschiedenen steuerlichen Anreize für die Kapitalbildung entstanden, so erhöht sich der Staatsanteil auf über ein Drittel der Gesamtersparnis. Diese Zahlen belegen, daß sich der Kapitalbildungsprozeß weniger mit marktwirt-

61 Siehe *Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Köln 1955, S. 412 f.

62 Berechnet nach *Krengel*, S. 98, 82.

63 Berechnet nach *Wirtschaftskunde (1955)*, S. 412 f., 80.

schaftlichen Methoden als mit umfangreicher Beteiligung des Staates vollzog. Die Ursachen dafür lagen in Haushaltsüberschüssen und zwei zeitbedingten Faktoren: Es gab keine nennenswerten Verteidigungsausgaben und keine kriegsbedingten Staatsschulden. Aus der Tatsache des hohen Staatsanteils an der Kapitalbildung ist mehrfach auf die, trotz entgegengesetzter Wirtschaftsphilosophie, dominierende Rolle des Staates in der Wiederaufbauperiode geschlossen worden<sup>64</sup>. Ein eindeutiger Beweis dafür kann allerdings nicht nur in diesen Angaben gesehen werden<sup>65</sup>. Zudem geht dann ein wesentliches Charakteristikum des Kapitalbildungsprozesses in dieser Zeit verloren, wie es auch bereits aus Tab. 8 deutlich wird: Der Staat griff zwar massiv in den Kapitalbildungsprozeß ein, überließ die Verfügungsgewalt und damit das Eigentumsrecht aber der privaten Wirtschaft. Genau dies war trotz allen marktwirtschaftlichen Philosophierens die Kapitalbildungsstrategie Erhards für die Wiederaufbaujahre<sup>66</sup>.

Tab. 8: Struktur der Kapitalbildung in der Bundesrepublik 1948–1954

	1948/II	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Bruttoersparnis <sup>a)</sup> (absolut in Mrd. DM)	8,8	17,1	22,1	29,2	34,3	35,4	39,9
davon in v. H.							
Privater Sektor							
Private Ersparnis	22,7	14,0	9,0	7,9	12,6	15,3	16,8
Unternehmens- ersparnis <sup>b)</sup>	53,4	61,4	65,2	65,1	61,7	52,8	52,1
Staat ausschließlich fiskalpolitischer Wirkungen <sup>c)</sup>	23,9	24,6	25,8	27,0	25,7	31,9	31,1
Staat einschließlich fiskal- politischer Wirkungen <sup>d)</sup>	—	35,7	36,2	33,6	34,7	42,4	42,3

a) Einschließlich Vorratsbildung.

b) Einschließlich der Ersparnisse durch steuerliche Absetzungen.

c) Einschließlich Sozialversicherung.

d) Steuerliche Absetzungsmöglichkeiten und dadurch verursachte Budget-Verluste.

Quelle: Roskamp, S. 84 f., 159.

Die Differenz zwischen Staatsanteil einschließlich und ausschließlich der fiskalpolitischen Wirkungen floß voll in die Unternehmensvermögen. Die Verlierer dieses Zusammenspiels

64 So z. B. von Roskamp und Andrew Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Köln/Berlin 1968 (engl. 1965: Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power).

65 Dazu müßte näher untersucht werden, welchen Einfluß die Bundesregierung auf die ihrer direkten Kontrolle unterstehenden Mittel gehabt hat. Darüber hinaus wäre auch ihre Einflußnahme über die Gegenwert-Mittel-Verteilung, die Emissionskontrolle und die Gestaltung der Preisbindungen einzubeziehen.

66 Diese Position vertrat Erhard öfter vor dem 1. Bundestag; siehe beispielsweise die 36. Bundestagssitzung vom 9. 2. 1950. Die Konstruktion des Erhardschen Sparmarkenplans vom Februar 1951 sowie seine grundsätzliche Unterstützung der Investitionshilfe-Vorschläge der Wirtschaftsverbände sind weitere Belege. *Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte I/2*, S. 1154–1158.

zwischen Staat und Privatwirtschaft waren die privaten Sparer. Durch die hohen Preise im Verkäufermarkt trugen sie, verstärkt durch die steuerlichen Vergünstigungen des Staates für die Unternehmen, in nicht unerheblichem Umfang zur Selbstfinanzierung der Privatwirtschaft bei und finanzierten unfreiwillig sowohl den Kapazitätsausbau, aber auch den Vermögenszuwachs der Unternehmen. Mit den 1949/1950 gültigen Sonderabschreibungsmöglichkeiten wurde die private Ersparnis gegenüber dem zweiten Halbjahr 1948 ganz offensichtlich stark beschränkt. Die hierdurch entstehenden Ungleichgewichte in der Vermögensverteilung<sup>67</sup> wurden allerdings erst in den 60er Jahren zum Gegenstand der politischen Diskussionen. Im Gegensatz zu dieser von der Bundesregierung betriebenen Kapitalbildungsstrategie – bei deren Beurteilung auch zu berücksichtigen ist, wie ohne die öffentliche Ersparnis die Investitionsnotwendigkeiten hätten durchgesetzt werden sollen – stand die Opposition aus SPD und Gewerkschaften, die auf einen höheren Staatsanteil drängten und die schon durch den Staat beeinflussten Investitionsmittel auch in der Verfügung des Staates halten wollten.

Tab. 9: Der industrielle Kapitalstock

	Wachstum des Brutto- Anlage- vermögens Index c)	Gütegrad des industriellen Anlage- vermögens d)	Ausnutzung des Brutto- Anlage- vermögens in v. H.	Industrielle Investitions- quote in v. H. b)
1936 e)	100 a)	49,9	84,2	5,6
1947	113,5	57,7	—	—
1948	112,9	56,3	50,9	10,2
1949	117,3	55,7	61,3	10,1
1950	122,0	56,0	73,0	10,4
1951	128,3	57,3	81,8	10,1
1952	136,2	58,3	81,6	9,9
1953	145,2	58,9	83,3	10,2
1954	156,0	59,8	86,6	10,9
1955	170,2	60,5	91,2	11,5

a) Das Brutto-Anlagevermögen belief sich 1936, ausgedrückt in Preisen von 1950, auf 51,18 Mrd. RM.

b) Bruttoanlageinvestitionen, bezogen auf die industrielle Nettoproduktion.

c) Preisbasis 1950.

d) Gemessen an der Relation von Netto- zu Brutto-Anlagevermögen, jeweils zum Jahresanfang.

e) Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin.

Quelle: *Krengel*, S. 98, 94, 87, 82, 79.

Die Kapitalbildung nach der Währungsreform war durch einen auffällig hohen Anteil der Unternehmensersparnis gekennzeichnet, ohne daß die fiskalpolitische Umverteilung zu ihren Gunsten berücksichtigt werden muß. Hauptquelle dieses Vorgangs war die, statistisch allerdings schwer faßbare, Selbstfinanzierung der Unternehmen, die nach Ehrlicher<sup>68</sup> 1949/

67 Siehe hierzu *Oskar de la Chevallerie*, Die Verteilung des Vermögenszuwachses in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 (= DIW-Sonderhefte, Nr. 80), Berlin 1968.

68 Siehe *Ehrlicher*, S. 171.

1953 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1926/1929 den vierfachen, gegenüber 1933/1938 den zweieinhalbfachen Strukturanteil am jährlichen Finanzierungsgesamtaufkommen ausmachten. Die Struktur der Kapitalbildung nach der Währungsreform wies gegenüber der Zwischenkriegszeit ein gänzlich anderes Bild auf: Die frühere Rangfolge Kapitalmarkt, Staat und Selbstfinanzierung hatte sich genau umgekehrt. Sie spiegelte nicht nur die Wiederaufbauprobleme, sondern auch die Anknüpfung an den kapitalistischen Weg über massive staatliche Subventionierung der Unternehmenskapitalbildung wider.

Tab. 10: Arbeitsmarkt und Beschäftigung 1949–1954<sup>a)</sup>

	Erwerbs- personen in Tsd.	Erwerbs- quote <sup>b)</sup> in v. H.	Abhängig Beschäftigte in Tsd.	Arbeitslose in Tsd.	Arbeitslosen- quote <sup>c)</sup> in v. H.
1949	—	—	13 542	1 230	8,3
1950	21 577	46,0	13 827	1 580	10,3
1951	21 952	46,3	14 556	1 432	9,0
1952	22 289	46,7	14 995	1 379	8,4
1953	22 684	47,1	15 583	1 259	7,5
1954	23 216	47,7	16 286	1 221	7,0

a) Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin, Jahresdurchschnitte.

b) Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung.

c) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängig Beschäftigte + Arbeitslose).

Quellen: *Wirtschaftskunde* (1955), S. 73 f.; *JG* 1976/77, S. 232 (Die Arbeitslosenquote für 1949–1951 wurde korrigiert).

Der industrielle Kapitalstock war 1948 absolut größer<sup>69</sup> und wies einen höheren Gütegrad auf als 1936 (vgl. Tab. 9), wozu die vielfach übersehenen Investitionen zwischen 1937 und dem Kriegsende beitrugen. Wie bereits erwähnt, beeinträchtigten ihn auch die Demontagen kaum. Neben der Verdoppelung der industriellen Investitionsquote ist der geringe Ausnutzungsgrad auffällig. Doch erst dadurch wurde nach 1948 das extrem hohe Wachstum der Industrieproduktion bei demgegenüber zunächst geringer industrieller Investitionstätigkeit möglich. Die Aussagen, eine hohe Kapitalbildung sei notwendig gewesen, um die strukturellen Verwerfungen aufzuweichen und das um 23 v. H. größere Arbeitspotential<sup>70</sup> beschäftigungswirksam einzusetzen, andererseits sei aber der industrielle Kapitalstock 1948 größer als 1936 und nur zur Hälfte ausgelastet gewesen, widersprechen sich nur scheinbar. Je Kopf war der industrielle Kapitalstock gesunken (siehe Tab. 4, S. 226), und das hieß, daß zunächst ein großer Teil der Erwerbssuchenden arbeitslos war (siehe Tab. 10). Der Kapitalstock selbst war – zumindest in dieser hohen Aggregationsstufe – funktionsfähig. Über hohe Wachstumsraten der Industrieproduktion, durch Investitionen direkt und indirekt getragen, mußte das Arbeitsplatzangebot ausgebaut und die Lücke zwischen Qualifikations-

69 Er entsprach 1948 etwa genau dem im Jahresdurchschnitt 1939 vorhandenen; vgl. *Krengel*, S. 14.

70 1950 gegenüber 1939. Die absolute Höhe des Arbeitspotentials im Bundesgebiet (1939 : 27 738 Tsd.; 1950 : 34 194 Tsd. Personen) wurde über den Anteil der 15–65jährigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerungszahl ermittelt (*Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 95).

struktur und Arbeitsplatzstruktur geschlossen werden. Außerdem mußte die viability<sup>71</sup>, die Lebensfähigkeit, ohne Auslandshilfe erreicht werden, wozu im Rahmen von Industrialisierungs- und Außenhandelsanstrengungen (Exportförderung) Industriexporte zum Ausgleich der Handelsbilanz unerlässlich waren. Neben einer Reihe weiterer Faktoren<sup>72</sup> spielte aber auch das wirtschaftspolitische Problembewußtsein eine Rolle, das aufgrund des Eindrucks der Zerstörungen und Demontagen und der ungenauen Kenntnis der tatsächlichen

Tab. 11: Struktur der Brutto-Anlageinvestitionen 1949–1954 nach Wirtschaftsbereichen in v. H. <sup>a)</sup>

	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Industrie <sup>b)</sup>	25,7	25,0	27,6	28,0	27,7	28,4
darunter Bergbau	4,4	3,8	4,2	5,4	6,2	5,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	6,7	7,2	8,9	9,9	9,7	11,1
Investitionsgüterindustrien	5,6	5,9	7,1	6,8	6,5	6,5
Verbrauchsgüterindustrien	5,1	4,6	4,4	3,2	2,8	2,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	3,9	3,5	3,0	2,7	2,4	2,3
Energieversorgungsbetriebe	7,7	8,1	7,4	7,9	7,7	8,1
Nachrichten- und Verkehrswesen <sup>c)</sup>	13,2	10,2	9,6	9,8	11,4	10,6
Wohnungswirtschaft <sup>d)</sup>	16,8	19,5	21,1	21,6	24,4	25,5
Landwirtschaft	6,3	6,2	6,6	6,4	5,4	5,7
Übrige Gewerbe <sup>e)</sup>	21,7	21,6	18,2	16,8	12,9	11,8
Öffentliche Verwaltung <sup>f)</sup>	8,6	9,4	9,5	9,5	10,6	10,0

a) Rundungsfehler möglich; jeweilige Preise.

b) Ohne Bau und Energie sowie Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten.

c) Ohne öffentliche Verkehrsinvestitionen.

d) Einschließlich Bergarbeiterwohnungsbau.

e) Handel, Handwerk, Bauwirtschaft und Sonstige.

f) Bund, Länder und Gemeinden, Sozialversicherung und Lastenausgleich, ohne öffentliche Unternehmen.

Quelle: Baumgart, S. 118 f.

71 Das Ziel der viability war Westdeutschland mit dem auf vier Jahre abgestellten Marshall-Plan und dem daraus entstandenen Long Term Program 1948/52 vorgegeben, das im Außenhandel das »Kernproblem der Wiedergesundung« sah und Westdeutschland ab 1953 von ausländischer Zahlungsbilanzhilfe unabhängig machen sollte. Siehe *Langfristiges Programm (1952/53) für die amerikanischen und britischen Besatzungsgebiete in Deutschland*, o. O., o. J. (1949), eine in deutsch gedruckte Fassung des Zweimächte-Kontrollamts, die von deutscher Seite nicht autorisiert worden war.

72 Unterstützung des Wohnungsbaus, Finanzierung der Kriegsfolgelasten, Ausbau der Infrastruktur als weitere wichtige Faktoren.

Kapazitäten<sup>73</sup> Investitionen und Kapitalbildung um nahezu jeden Preis verlangte<sup>74</sup>; die Frage nach dem »Wozu?« wurde dabei überhaupt nicht gestellt.

Über die Verwendung des gebildeten Kapitals gibt die Struktur der Brutto-Anlageinvestitionen, differenziert nach Wirtschaftsbereichen, Auskunft<sup>75</sup>. Die Investitionsstruktur war durch folgende Tendenzen gekennzeichnet (Tab. 11)<sup>76</sup>:

- Allmählicher Anteilsanstieg in der Industrie und bei der öffentlichen Verwaltung.
- Rascher Anstieg des Anteils der Wohnungswirtschaft, der durch forcierte Wohnungsbauprogramme der Bundesregierung jedoch in Sprüngen von 1949 auf 1950 und von 1952 auf 1953 erst 1954 sein Maximum erreichte.
- Vergleichsweise konstanter Anteil der energie- und landwirtschaftlichen Investitionen, da gerade der Kraftwerksausbau durch die Investitionspolitik recht stetig gefördert wurde.
- Sinkende Anteile des Nachrichten- und Verkehrswesens sowie der übrigen Gewerbe.
- Zusammen mit den konsumnahen Industrien hatte der Handel für seine Investitionsentwicklung aus der Währungsreform und der Preisfreigabe der Konsumwaren am meisten profitiert. Der Anteilsrückgang dieser Bereiche war u. a. durch das Auslaufen des Nachfragestaus und die Änderung der wirtschaftspolitischen Schwerpunkte bedingt.
- Der Bergbau, dessen Anteil in den ersten drei Jahren relativ stabil war, sowie Teile der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien erhielten erst durch die Investitionshilfe ab 1952 eine gezielte Investitionsförderung, wodurch sich ihre Anteile von da an vergrößerten. Zusammengefaßt sind aus diesem Strukturbild zwei Phasen erkennbar, die auch die industrielle Produktionsentwicklung markierten<sup>77</sup>. Bis 1951 erfuhren die konsumnahen Wirtschaftsbereiche durch die wirtschaftlichen Rahmendaten eine deutliche Förderung, und erst ab 1952 wurde der Ausbau der gesamtwirtschaftlich wichtigen Basisbereiche gefördert. Abgesehen von politischen Imponderabilien (alliierte Vorbehalte für die Schwerindustrie), entsprach dies im großen und ganzen den wirtschaftspolitischen Intentionen Erhards.

Die Bedeutung der ERP-Finanzierung<sup>78</sup> durch die Zuteilung von Gegenwert-Mitteln lag für die Investitionstätigkeit vor allem im Zeitraum 1949/1952 (Tab. 12); wenn auch der Anteil an den Gesamtinvestitionen unter 10 v. H. lag, gingen die Wirkungen der ERP-Kredite doch darüber hinaus. Vielfach machten sie nur einen Teil der durch sie geförderten Gesamtinvestitionen aus (Multiplikatoreffekt)<sup>79</sup>. Sie leisteten einen durchaus nennenswerten Beitrag zur Gesamtnachfrage<sup>80</sup>. Die wichtigste Wirkung lag im Struktureffekt. Die in den einzelnen ECA-Programmen enthaltenen, wechselnden Schwerpunkte – Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie und Energiewirtschaft, wobei letztere während der

73 Sowohl von seiten der amtlichen Statistik wie von seiten der Wirtschaftsforschungsinstitute gab es bis weit in die 50er Jahre hinein keine Angaben über die Kapazitätsauslastungen. Die schon angeführten Schätzungen *Krengels* lassen erst nachträglich genauere Angaben zu.

74 *Reuss* nannte daher die Jahre 1948–1954 treffend »the investment-at-any-price period« (S. 122 f.).

75 Von jeher war die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit ein Stiefkind der amtlichen Statistik. Aufgrund dieses vielfach beklagten Mangels konnte nur die dafür ausgezeichnete Arbeit von *Baumgart* ausgewertet werden.

76 Wobei natürlich das sowohl absolut wie relativ steigende Gesamtniveau der Investitionstätigkeit die Strukturentwicklung überlagerte. Ein relativer Anteilsrückgang in der Investitionsstruktur konnte daher noch absolute Zunahmen beinhalten.

77 Siehe dazu die Rangfolgen der Industriegruppenexpansion in *Grünig/Krengel*.

78 Siehe *Baumgart*, S. 39–49.

79 Gemäß dem »Grundsatz der Ergänzungsfinanzierung«.

80 Obgleich sich 1948/49 durch das zeitliche Auseinanderfallen von Gegenwert-Mittel-Entstehung und Zuteilung bzw. Abruf der Mittel eine deflationierende Wirkung ergab.

gesamten Zeit eine überragende Berücksichtigung erfuhr – erleichterten den Kapazitätsausbau der »kritischen Sektoren«. ECA und Wirtschaftsverwaltung förderten gezielt die Basisbereiche und füllten damit die für diese bestehende Finanzierungslücke. Die langfristig vergebenen ERP-Kredite entlasteten zudem gleichzeitig den, allerdings bis 1953/54 noch schwach entwickelten Kapitalmarkt, der sich damit auf die Wohnungsbaufinanzierung konzentrieren konnte. Ohne ERP-Kredite hätte die Investitionspolitik nach der Währungsreform anders aussehen müssen. So aber gaben sie einen wesentlichen Teil der durch das Wirtschaftsministerium direkt steuerbaren Investitionsmittel ab. Bis Ende 1952 wurde ein Volumen von 4,3 Mrd. DM im Rahmen verschiedener Investitionsprogramme verteilt<sup>81</sup>. Neben der quantitativ weniger bedeutenden Investitionshilfe bildeten die ERP-Kredite das Rückgrat der direkten staatlichen Investitionslenkung. Aus dieser Perspektive stellt sich auch erneut die Frage nach der Bedeutung des Marshall-Plans, der vornehmlich auf die Einfuhrfinanzierung zielte. Der deutsche Weg eines revolvingierenden Kapitalfonds vergrößerte das Bewußtsein der USA-Hilfe, förderte über die Investitionsfinanzierung das Expansionsklima und half mit der Unterstützung der »kritischen Sektoren« über anfängliche Engpaßschwierigkeiten hinweg.

Tab. 12: Anteil der ERP-Finanzierung an den Brutto-Anlageinvestitionen 1949–1952 in v. H.

	1949	1950	1951	1952
Wirtschaft insgesamt a)	6,4	8,6	4,5	2,3
Industrie	7,1	13,0	4,5	2,3
darunter Kohlenbergbau	47,0	40,0	13,0	4,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	0,8	14,0	6,1	1,8
Eisen- und Stahlindustrie	—	18,0	14,0	2,0
Investitionsgüterindustrien	3,8	13,0	2,0	1,1
Verbrauchsgüterindustrien	0,5	5,7	3,2	2,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	0,3	2,6	2,5	3,5
Energieversorgungsbetriebe	14,0	24,0	21,0	5,5
Nachrichten- und Verkehrswesen	20,0	7,1	3,3	2,2
Wohnungswirtschaft	0,7	4,6	2,9	2,3
Landwirtschaft	2,0	13,0	2,7	3,7
Übrige Gewerbe	—	0,4	0,5	0,3

a) Ohne Berücksichtigung der Brutto-Anlageinvestitionen der öffentlichen Verwaltung.

Quelle: Baumgart, S. 122–125.

81 *Wiederaufbau im Zeichen des Marshall-Plans*, S. 29.

## VII. STRUKTUR DES SOZIALPRODUKTS UND AUSSENHANDELSENTWICKLUNG

Die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Produktion (siehe Tab. 13) unterschied sich nach dem Kriege und nach den ersten Wachstumsanfängen gar nicht so wesentlich von der Vorkriegsstruktur. Der sekundäre Bereich (Industrie, Bau, Handwerk) produzierte nahezu im gleichen Anteil (1949 : 49,7 v. H. gegen 1936 : 49,5 v. H.), und der Tertiärsektor-Anteil

Tab. 13: Strukturwandel der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1936–1954  
Anteil der Wertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche am Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten – jeweilige Preise – in v. H.

	1936	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Land- und Forstwirtschaft	13,4	12,0	12,4	12,1	12,2	10,8	10,9
Industrie (ohne Bau)	39,3	38,4	40,7	44,7	44,4	44,3	44,4
Baugewerbe	5,4	6,0	6,2	6,4	6,3	6,9	6,8
Handwerk (ohne Bau)	4,8	5,3	4,9	4,6	4,4	4,5	4,4
Handel und Verkehr	18,0	19,3	18,6	16,6	16,7	17,0	17,3
Öffentliche Verwaltung	9,7	9,2	8,4	7,9	8,4	9,0	9,0
Sonstige Wirtschaftsbereiche <sup>a)</sup>	9,4	9,8	8,8	7,7	7,6	7,5	7,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

a) Umfaßt vor allem die sog. Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: *Wirtschaftskunde* (1955), S. 82–88.

Tab. 14: Reale Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion<sup>a)</sup> nach Wirtschaftsbereichen (Index 1936 = 100)

	1936	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Land- und Forstwirtschaft	100	86	97	107	109	112	117
Industrie (ohne Bau)	100	90	112	134	144	157	176
Baugewerbe	100	91	114	130	136	162	172
Handwerk (ohne Bau)	100	108	112	121	122	129	136
Handel und Verkehr	100	110	124	132	141	151	162
Öffentliche Verwaltung	100	130	133	138	145	155	162
Sonstige Wirtschaftsbereiche <sup>b)</sup>	100	139	138	142	150	155	162
Durchschnittliche Expansion bzw. Gesamtexpansion	100	103	118	131	139	149	161

a) Maßgröße ist das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in Preisen von 1936.

b) Umfaßt vor allem die Dienstleistungsgewerbe.

Quelle: *Wirtschaftskunde* (1955), S. 82–88.

war auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft leicht vergrößert. Dieses anscheinende Anknüpfen an die Vorkriegsstrukturen ging ab 1951 über in einen raschen Strukturwandel, in dessen Folge sich die Dominanz des produzierenden Gewerbes ausformte. Dieser, vor allem zu Lasten des Tertiärsektors, aber auch der Landwirtschaft vor sich gehende Prozeß wurde von der Ausweitung der industriellen Produktion bestimmt, die ihren relativen und absoluten Entwicklungsrückstand erst allmählich, dann ab 1950 beschleunigt aufholte und in ihrer realen Expansion von 1951 an über dem Gesamtwachstum lag (siehe Tab. 14). Die industrielle Entwicklung wies in dem ersten Wachstumsschub bis 1954 die größte Dynamik auf und entsprach damit den vor der Währungsreform geäußerten Forderungen nach einer Industrialisierungsstrategie; dazu trug nicht zuletzt die Außenhandelsliberalisierung bei. Unterdurchschnittlich expandierten die Agrarwirtschaft und das Handwerk. Während die Industrieproduktion 1954 um 76 v. H. größer war als auf gleichem Gebiet 1936, lag sie, entsprechend der größeren Bevölkerungszahl korrigiert, pro Kopf jedoch nur bei einem Zuwachs von 36 v. H. Immerhin bedeutete aber auch dieser Stand einen eindrucksvollen Erfolg. Verglichen mit der säkularen Entwicklungsrate hatte sich die potentielle Wachstumslücke aber noch nicht geschlossen. In einem ersten Spurt war zwar der Vorkriegsstand überschritten, der Entwicklungsrückstand aus der Zwischenkriegszeit aber noch nicht aufgeholt.

Die Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zeigte einen erheblichen Unterschied zur Vorkriegszeit (siehe Tab. 15). Sowohl privater Verbrauch wie Investitionsquote lagen erkennbar höher als vor dem Kriege, teilweise finanziert durch die Auslandshilfe. Es gelang der Wirtschaftspolitik, den privaten Verbrauch zugunsten der Investitionsquote zurückzudrängen, um so die Kapitalbasis für den Wiederaufbau zu gewinnen. Der Verbrauch von Staatsleistungen ging zurück und lag deutlich unter dem Anteil in der NS-Rüstungswirtschaft.

Neben der Ausformung der industriellen Dominanz ereignete sich der deutlichste Umbruch während der Frühphase der Bundesrepublik im Außenhandel (siehe Tab. 16). Angefangen von einem vorwiegend durch Auslandshilfe finanzierten Handelsbilanzdefizit im Jahre 1948 vollzog sich ab dem 4. Quartal 1951 die Wende zu »Deutschlands Rückkehr zum

Tab. 15: Strukturwandel der Verwendung des Gesamtprodukts<sup>a)</sup> – Anteile in v. H.<sup>b)</sup> – (jeweilige Preise)

	1936	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Privater Verbrauch	60,5	65,2	63,8	57,3	56,1	56,3	56,2
Verbrauch von							
Staatsleistungen	20,8	18,3	16,3	16,2	17,9	16,7	16,5
Anlageinvestitionen	14,4	18,7	20,1	19,9	19,6	20,7	21,1
Vorratsveränderung	+ 4,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,3
Außenbeitrag	. <sup>c)</sup>	— 3,3	— 1,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9

a) Maßgröße ist das Bruttosozialprodukt.

b) Rundungsungenauigkeiten möglich.

c) Die Größe ist in den anderen Angaben dieses Jahres bereits enthalten. Das Außenhandelsplus entsprach ca. 1,1 v. H. des Bruttosozialprodukts.

Quelle: *Wirtschaftskunde* (1955), S. 408–413, 80; *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975*, S. 322.

Weltmarkt«<sup>82</sup>. Eine Reihe von Faktoren war für die anfänglich rasanten Steigerungsraten der Ausfuhr verantwortlich, durch die das Handelsbilanzdefizit überwunden wurde: Aufnahme der Bundesrepublik in verschiedene internationale Organisationen, Schaffung der multilateralen Verrechnung im europäischen Raum durch die EZU<sup>83</sup>, gezielte Exportförderungsprogramme der Bundesregierung, günstige Entwicklung der terms of trade, die Überbewertung der DM und die traditionelle Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Ende 1951 begann für Westdeutschland die Zeit permanenter Handelsbilanzüberschüsse, ein mindestens genauso eindrucksvolles Phänomen der Nachkriegsentwicklung wie der Wachstumsverlauf.

Die Warenstruktur des Außenhandels war im Vergleich zur Zwischenkriegszeit zunächst völlig atypisch (siehe Tab. 16). Auf der Einfuhrseite dominierten Ernährungsgüter – hierauf konzentrierte sich die Auslandshilfe – und auf der Ausfuhrseite Rohstoffe und Halbwaren – größtenteils verursacht durch die Kohlezwangsexporte. Schon 1950 zeigte sich aber der Trend zu den Vorkriegsstrukturen, die durch die Außenhandelsüberschüsse in ihrer traditionellen Liefer- und Empfangspalette: Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren, Ausfuhr von Fertigwaren, 1954 größtenteils wieder erreicht waren.

Tab. 16: Westdeutscher Außenhandel<sup>f)</sup> 1949–1954

	Außenhandels-saldo <sup>a)</sup> in Mio. DM	Index <sup>b)</sup> der Einfuhr (1950 = 100)	Index <sup>b)</sup> der Ausfuhr (1950 = 100)	Warenstruktur <sup>c)</sup>					
				Einfuhr			Ausfuhr		
				Nahrung	Rohstoffe <sup>d)</sup>	Fertigwaren	Nahrung	Rohstoffe <sup>d)</sup>	Fertigwaren
1936 <sup>g)</sup>	—	—	—	36	55	9	2	18	80
1948 <sup>e)</sup>	—	—	—	82	16	2	1	82	17
1949	— 3 710	69	50	—	—	—	—	—	—
1950	— 3 012	100	100	44	43	13	2	33	65
1951	— 149	129	174	40	49	11	3	24	73
1952	+ 706	142	202	37	49	14	2	23	75
1953	+ 2 516	141	222	36	48	16	2	23	75
1954	+ 2 698	170	264	37	46	17	2	21	77

a) Ausfuhrüberschuß (+) bzw. Einfuhrüberschuß (—) im Außenhandel (Spezialhandel).

b) Auf der Basis der jeweiligen Werte.

c) Jeweiliger Anteil der einzelnen Warengruppen in v. H. der Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte.

d) Rohstoffe und Halbwaren.

e) Nicht voll vergleichbar, da andere Quelle herangezogen wurde; Angaben für die Bi-Zone.

f) Bundesgebiet.

g) Reichsgebiet.

Quelle: *Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876–1975*, S. 339; *Abelshäuser*, S. 157 f.; *Wirtschaftskunde (1955)*, S. 514.

82 So der Titel des Buches von *Ludwig Erhard*, *Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt*, Düsseldorf 1953.

83 Die Europäische Zahlungs-Union (EZU) trat zum 1. 7. 1950 in Kraft und diente neben der Abrechnung des intraeuropäischen Zahlungsverkehrs und dessen Finanzierung vor allem der Multilateralisierung und Liberalisierung des Handels zwischen den OEEC-Ländern.

## VIII. FAZIT

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Frühphase der Bundesrepublik war durch einen ersten Wachstumszyklus mit einmaligen Durchschnittswachstumsraten von über 10 v. H. gekennzeichnet. In seinem Verlauf wurde der Vorkriegsstand nicht nur wieder erreicht, sondern größtenteils deutlich überschritten. Dies galt, bis auf die Wohnraumversorgung, für nahezu alle ökonomischen Basisdaten (siehe Tab. 17). Die rasche Überwindung der Kriegsfolgen stand im Gegensatz zu zeitgenössischen Erwartungen und den deutschen Erfahrungen nach dem 1. Weltkrieg, hatte damals, nach einer gleichlangen Nachkriegsperiode, das reale Sozialprodukt je Kopf doch gerade den Vorkriegsstand erst wieder erreicht. Die außerordentliche Dynamik dieses ersten Wachstumsschubes löste die grundsätzlichen Wiederaufbauprobleme und schuf durch industrielle Rekonstruktion und Außenhandels-offensive die auf nahezu 30 Jahre dauerhaften Grundlagen für die ökonomische Stabilität der Bundesrepublik. Vielfach wird eine »spontane Aufwallung der unternehmungslustigen Privatwirtschaft«<sup>84</sup>, unterstützt durch die Ordnungspolitik der »Sozialen Marktwirtschaft«, die Währungsreform und die Marshall-Plan-Hilfe als Grundlage dieser Entwicklung gesehen. Dieses Bild muß aber korrigiert werden. Wie gerade der für den Wiederaufbau wesentliche Bereich der Kapitalbildung und -verwendung sowie die staatliche Investitionspolitik zeigten, war der Einfluß des Staates größer, als es die offizielle Doktrin vermuten ließ. Andererseits bestand aber auch kein ausformulierter Wiederaufbauplan. Die im Rückblick monolithisch erscheinende Wiederaufbaupolitik entfesselte die Marktkräfte zunächst nur im Konsumgüterbereich und förderte über gezielte Steueranreize die Kapitalbildung der Unternehmen. Die Mechanismen dieser effektvollen Politik und damit die Verteilung der Wachstumslasten durch den Staat wurden nach außen hin jedoch durch die realen Wohlstandssteigerungen überdeckt. Grundsätzliche Verteilungskonflikte waren in der Frühphase der Bundesrepublik vergleichsweise selten – ökonomisches Wachstum ermöglichte Verteilungsspielräume und gab die Grundlage für politische Stabilität.

Tab. 17: Entwicklungsstand ausgewählter Größen<sup>a)</sup>

	1936	1948	1954
Bevölkerung	100	118	127
Reales Bruttosozialprodukt	100	98 <sup>c)</sup>	162
Volkseinkommen je Einwohner	100	84 <sup>c)</sup>	124
Industrielle Produktion	100	61	165
Steinkohlenförderung	100	74	124
Rohstahlproduktion	100	38	136
Elektrizitätsproduktion	100	137	284
Nahrungsmittelproduktion	100	58	118
Wohnungen auf 1 000 Einwohner	100	84 <sup>b)</sup>	98

a) Gebietsstand: Bundesgebiet.

b) 1950.

c) 1949.

Quelle: *Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972*, S. 90, 182 f., 186; *Wirtschaftskunde (1955)*, S. 80 ff., 110.

84 *Shonfield*, S. 326.